

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 6

Berlin, den 7. Februar 1931

39. Jahrgang

Verhandlungen in Sicht

In unseren Veröffentlichungen über den Stand der Aussperrung war die Zahl der betroffenen Kollegen so niedrig angegeben, dass wir an der Vollständigkeit der Berichte zweifelten. Dieser Zweifel war aber nicht begründet. Am 27. Januar hat eine vom Verbandsvorstand einberufene Konferenz getagt, an der Vertreter aus allen beteiligten Bezirken teilnahmen. Aus den hier erstatteten Berichten ergibt sich, dass in dem für den Mantelvertrag in Betracht kommenden Gebiet die Zahl der Ausgesperrten 6000 nicht übersteigt. Die grosse Aktion des Arbeitgeberverbandes war ein Schlag ins Wasser.

In ihren Publikationen machen die Unternehmer ein grosses Wesen davon, dass zahlreiche Arbeiter das Lohnabbauakt des Arbeitgeberverbandes angenommen hätten und zu dem reduzierten Lohn weiterarbeiten. Einen Erfolg haben sie mit dieser Behauptung schon erreicht, allerdings einen unerwarteten. Verschiedentlich verlangen die Möbelhändler einen Preisabbau mit der Begründung, dass die Unternehmer die Arbeitslöhne um mindestens 8 Prozent herabgesetzt hätten.

Mit der Durchführung der Lohnsenkung, deren sich die Unternehmer rühmen, ist es aber nichts. Abgesehen von Schlesien, wo ein beträchtlicher Lohnabbau in grösserem Umfang durchgeführt wurde, gibt es nur ganz vereinzelte Fälle, wo sich in dem einen oder dem anderen Betrieb die Arbeiter dem Diktat der Unternehmer fügten. Durchgängig ist die Forderung der Unternehmer zurückgewiesen worden. Wo sie darauf beharrten, nahmen unsere Kollegen ihre Entlassung.

In sehr vielen Fällen gaben die Unternehmer ihrem Unmut über die Eiselei ihrer Verbandsleitung deutlich Ausdruck. Um ihre Verbandspflicht wenigstens äusserlich zu erfüllen, machten manche Unternehmer ihren Arbeitern den Vorschlag, zu gestatten, dass der reduzierte Lohn auf die Lohntüte geschrieben werde, in der Tüte selbst würden sie den richtigen Lohn finden. Andere wollten den Grundlohn um den vom Arbeitgeberverband vorgeschriebenen Betrag herabsetzen, aber den Leistungslohn in dem gleichen Masse erhöhen. Auf solcher Grundlage ist es in manchen Fällen zu betrieblichen Vereinbarungen gekommen. In anderen Fällen haben es unsere Kollegen abgelehnt, sich an solchen Geschäften zu beteiligen.

Auch auf andere Art ist es verschiedentlich zu einer betrieblichen Verständigung gekommen. Nämlich dass unsere Kollegen auf eine Herabsetzung der Löhne in erträglichem

Masse eingingen, während sich der Unternehmer verpflichtet, die normativen Bestimmungen des Mantelvertrages auch über den 1. April hinaus anzuerkennen. Vereinbarungen dieser Art sind aber nur vereinzelt getroffen worden. In den meisten Fällen haben die Unternehmer auf ihre Forderung verzichtet, um ihre Betriebe nicht stilllegen zu müssen.

Inzwischen hat der Arbeitgeberverband, wie wir bereits kurz berichtet haben, unserem Verbandsvorstand seine Abänderungsanträge zum Mantelvertrag überreicht. Eine Durchsicht dieser Forderungen zeigt, dass es dem Arbeitgeberverband auch hier hauptsächlich um die Herabsetzung der Löhne zu tun ist.

Das seitherige Verfahren für die Festsetzung der Ecklöhne, also auf dem Wege zentraler Verhandlungen, soll keine wesentlichen Änderungen erfahren, aber statt des „Tariflohnes“, der jetzt gilt, soll wieder ein „Durchschnitts“- und ein „Mindestlohn“ eingeführt werden, um ohne Verletzung des Vertrages untertariflich zahlen zu können. Dazu wird noch eine Vertragsbestimmung verlangt, die entgegen der gesetzlichen Vorschrift den vertraglichen Lohn abdingbar macht. Weiter wird eine Verschlechterung des Berufs- und des Altersklassenschlüssels gefordert. Der Kreis der als Facharbeiter zu entlohnenden Arbeitskräfte wird eingeschränkt. In den Bestimmungen über die Ferien wird eine grundsätzliche Änderung nicht gefordert, aber durch neue Bestimmungen soll der Erwerb des Ferienanspruchs erschwert und dazu noch besonders vereinbart werden, dass im Jahre 1931 nur die Hälfte der Ferien gewährt wird. Den Anhang zum Mantelvertrag, der die Kostgeldsätze und die Ferien für die Lehrlinge regelt, will der Arbeitgeberverband stillschweigend verschwinden lassen.

Ein näheres Eingehen auf die Anträge erübrigt sich. Sie haben nur die Bedeutung von Wunschträumen. Einen Mantelvertrag solchen Inhalts wird der Deutsche Holzarbeiter-Verband nicht abschliessen.

Eine ganz neue Wendung hat die Lohn- und Vertragsbewegung genommen durch das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums, welches plötzlich ein lebhaftes Interesse für die Beendigung der Bewegung bekundet. Solange die Sonderaktion in Württemberg schwebt, hat das Reichsarbeitsministerium eine bemerkenswerte Zurückhaltung geübt. Obwohl die rechtliche Möglichkeit gegeben gewesen wäre, über das gesamte Vertragsgebiet zu verhandeln, ist davon

kein Gebrauch gemacht worden. Der Abschluss in Württemberg war aber offenbar nicht nur für den Arbeitgeberverband, sondern auch für das Reichsarbeitsministerium eine Überraschung.

Es darf hier ausgesprochen werden, dass unsere Verbandsinstanzen die Bewegung von vornherein als einen Teil der grossen Lohnbewegung betrachteten, von der alle Zweige unseres Wirtschaftslebens erfasst sind. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat die Parole ausgegeben, die Löhne auf der ganzen Linie um 15 Prozent herabzusetzen. Sie hatte sich zu dieser Aktion der Zustimmung und der Förderung durch die Reichsregierung versichert. Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des deutschen Holzgewerbes hat sich genötigt gesehen, trotz seiner inneren Schwäche der Parole seiner Spitzenorganisation zu folgen. Er muss nun erkennen, dass er sich übernommen hat.

Es ist sicher kein Zufall, dass das Reichsarbeitsministerium in diesem Augenblick eingreift und die Parteien auf den 2. Februar zu Verhandlungen geladen hat. Über die Einstellung des Reichsarbeitsministeriums zu der Frage des Lohn-

abbaues gibt es keine Meinungsverschiedenheit; man muss damit rechnen, dass die vom Arbeitgeberverband vertretenen Forderungen dort viel Verständnis finden werden.

Wir geben uns keiner Täuschung hin über die Schwierigkeiten, die unserer Vertreter bei diesen Verhandlungen warten; Schwierigkeiten formeller und materieller Art. Der Arbeitgeberverband hat im Reichsarbeitsministerium mächtige Helfer, die seinem Streben nach Lohnabbau grundsätzlich sympathisch gegenüberstehen. Es wird sich aber nicht nur um die Lohnfrage handeln, auch die Frage des Mantelvertrages steht mit zur Debatte. Und hier dreht es sich nicht nur um den materiellen Inhalt, auch der Geltungsbereich ist ein Problem, das nicht im Handumdrehen zu lösen sein wird. Der Wunsch nach einer schnellen Beendigung der Verhandlungen ist sicher auf allen Seiten vorhanden, aber ganz so schnell, wie mancher erwartet, wird es doch nicht gehen. Die Aufgabe unserer Verhandlungskommission ist diesmal besonders schwer, die Kollegen dürfen aber versichert sein, dass sie mit der gewohnten Umsicht, aber auch mit der gebotenen Energie die Interessen der Holzarbeiter wahrnehmen wird.

Um die Einigkeit im Unternehmerlager

Die Zersplitterung der Unternehmerorganisationen im Holzgewerbe ist eine nicht mehr neue Erscheinung. Bemerkenswert ist aber, dass wir ein Klageglied über diese Erscheinung an einer Stelle finden, wo wir es am wenigsten erwartet haben. Es ist der Syndikus Haertlein von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie (Vabeho), der in seinem Blatt „Das deutsche Holzgewerbe“ wehmütige Betrachtungen darüber anstellt.

Er knüpft an die Tatsache an, über die wir berichtet haben, dass sich Herr Dr. Schild namens des Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverbandes an unseren Verband zwecks Abschlusses eines selbständigen Tarifvertrages gewendet hat, und dass sich unser Verbandsvorstand bereit erklärte, in Verhandlungen einzutreten. Herr Haertlein wundert sich über diese Antwort unseres Verbandes „an den von ihm so vielgeschmähten Dr. Schild“. Aber warum denn? Die Bereitschaft zu verhandeln ist keine Liebeserklärung an die Gegenseite. Da wir bei unseren wirtschaftlichen Gegnern keine einheitliche Organisation finden, müssen wir die Vertragspartner dort nehmen, wo sie sich anbieten. Wobei wir natürlich in jedem Fall prüfen, ob der Partner zum Vertragsabschluss befugt und geeignet ist.

Herr Haertlein erblickt in dem Vorgehen des Nordwestdeutschen Tischlerinnungsverbandes einen unreundlichen Akt gegenüber dem Reichsverband des Tischlergewerbes. „In dieser kritischen Zeit, in der alle Kräfte zu einer felsenstarken Einheit zusammengeschweisst werden müssten, wäre es Pflicht und vitalstes Interesse der Innungsverbände gewesen, wenigstens alles zu unterlassen, was eine Trennung bedeutet. Aber die Prediger der Selbständigkeit und

des Abfalls vom grossen Ganzen haben ja schon vor Monaten von dem ersehnten grossen Augenblick gesprochen, in dem der Reichsmanteltarif für das deutsche Holzgewerbe abläuft. Das soll dann die Geburtsstunde der selbständigen Tarifregelung der Innungsverbände sein.“

„Du hast's erreicht, Oktavio!“ ruft Wallenstein-Haertlein seinem Piccolomini-Schild zu. Die Einheitsorganisation, die einst Rahardt aufgebaut hat, ist zertrümmert. Ausser dem Kückelhaus-Verband in Rheinland-Westfalen haben wahrscheinlich auch noch andere Mitglieder des Reichsverbandes ihre Autonomie im Tarifvertragswesen errichtet. Von dem Verband der Tischlerinnungen in Schleswig-Holstein, Lauenburg und Lübeck hat man es aus der „Holzarbeiter-Zeitung“ erfahren.

Und was sagt der Reichsverband dazu? Trauernd verhüllt Herr Haertlein sein Haupt: „Die Stellungnahme der Dresdener Leitung des Reichsverbandes des deutschen Tischlergewerbes zu den Vorgängen ist uns nicht bekannt. Dresden hüllt sich in eisiges Schweigen. Aber lange kann es ja nicht mehr dauern, bis der Reichsverband seine Farben aufzeigt.“ Der Aufsatz schliesst mit dem Ausdruck des Schmerzes über die Eventualitäten, die sich aus diesen Zuständen ergeben. Nicht nur hinsichtlich der Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch der wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsarbeit im ganzen deutschen Holzgewerbe.

Wir finden die Klage über die Zerrissenheit der Organisation der Unternehmer im deutschen Holzgewerbe verständlich. Nur wundert es uns, dass gerade der Syndikus Haertlein dieses Klageglied anstimmt. Geht

doch Berlin in der Vertragspolitik schon lange eigene Wege, und überdies sind die Berliner Unternehmerorganisationen in zwei Gruppen gespalten, die sich auf das heftigste befehdet. Herr Haertlein, der grosse Rufer in diesem Streit, spielt als Apostel der Einigkeit zum mindesten eine eigenartige Rolle.

Im übrigen sind der Streit und die Uneinigkeit im Unternehmerlager eine Angelegenheit, die uns nicht unmittelbar berührt. Wenn es die Unternehmer fertigbringen, uns als Partner für einen Tarifvertrag gegenüberzutreten, der, wie es früher schon einmal der Fall war, das ganze Reich umfasst, soll es uns recht sein. Solange aber das nicht möglich ist, kommen wir auch mit einer anderen Regelung zurecht.

Innungen und Tarifvertrag

In dem Klagegedicht des Syndikus Haertlein, von dem in dem vorstehenden Artikel die Rede ist, heisst es von der Dresdener Leitung des Reichsverbandes des deutschen Tischlergewerbes: „Dresden hüllt sich in eisiges Schweigen.“ Dieses Schweigen bewahrt der Reichsverband auch in der Nummer seines Verbandsorgans vom 31. Januar. Diese Nummer enthält aber einen aufschlussreichen Bericht über eine Tagung des Bezirksverbandes der Tischlerinnungen im Kammerbezirk Frankfurt a. d. O. Wann die Tagung stattgefunden hat, ist nicht gesagt, aber es wird berichtet, dass der Geschäftsführer des Verbandes über die Tarifverhandlungen referierte.

Hienach wäre auf dem letzten Obermeistertage in Berlin beschlossen worden, dem Arbeitgeberverbande bedingte Vollmacht für die kommenden Tarifverhandlungen zu geben. Insofern bedingt, als über die Lehrlingsfrage nicht verhandelt werden dürfe. Der Bezirksverband stehe aber auf dem Standpunkt, dass dem Arbeitgeberverband überhaupt keine Vollmacht gegeben werden soll. Man solle mit dem Arbeitgeberverband eine Arbeitsgemeinschaft auf dem Fusse der Gleichberechtigung bilden. In der Lehrlingsfrage und der Ortsklasseneinteilung habe die Industrie andere Interessen als das Handwerk. Werde dem Arbeitgeberverband die Vollmacht entzogen, dann könne ein Vertrag für den Bezirk nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden. „Im Verein mit verschiedenen anderen regionalen Verbänden werde der Bezirksverband dahin arbeiten, dass nicht nur zentral, sondern dezentral verhandelt werde, also Bezirkstarifverträge abgeschlossen würden.“

Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, dass sämtliche Innungen des Bezirksverbandes dem Arbeitgeberverband die Verhandlungsvollmacht zum Tarifabschluss entziehen.

In dem Bericht wird noch erwähnt, dass man sich bemühen wolle, die noch fernstehenden Innungen heranzuziehen, „insbesondere die von der Niederlausitz, wo die Handwerksmeister sich bedauerlicherweise ins Schlepptau der Industrie nehmen liessen“. Weiter wurde von Bestrebungen berichtet, die auf eine organisatorische Zusammenfassung der Tischlermeister im ganzen Osten von Königsberg bis Schlesien hinzielen zur Bildung eines ostdeutschen Tischlerinnungsverbandes.

Moderner Lohnsenkungs-Apparat



Eine grossartige Erfindung. Wirkung garantiert

Mut des Irrsinns

Die Zeitschrift des Handwerks- und Gewerbetags, das „Deutsche Handwerksblatt“, veröffentlicht in ihrer Nummer 1 einen Leitartikel über die Lohn- und Preisfrage. Der Verfasser, Dr. Philipp Hessel in Freiburg (Baden), wendet sich mit grosser Entschiedenheit gegen die Preissenkungsaktion, denn sie sei nichts weiter als „eine ganz zugkräftige Geschäftsreklame“. Was die Wirtschaft brauche, sei nicht eine Preissenkung, sondern eine Lohnsenkung. Und nicht nur eine Lohnsenkung schlechthin, sondern eine Senkung des Reallohnes. Eine Senkung des Lohn- und Preisstandes lasse das Übel bestehen. Die Lohnsenkung habe nur dann einen Sinn, wenn sie „zu einer Verschiebung im ökonomischen Verteilungsprozess führe“. Zu einer Verschiebung nämlich in der Richtung, dass dem Unternehmer künftig ein grösserer Anteil vom Sozialprodukt zufalle als bisher. Die Unternehmer bräuchten einen höheren Gewinn zur Neubildung von Kapital. Die Kapitalneubildung sei das A und O aller Wirtschaftspolitik.

Der Abbau der Reallohne sei auch „eine notwendige und unvermeidliche ökonomische Auswirkung der Reparations Tribute“. Wenn es bisher geheissen habe „Reparationen und hohe Löhne“, so müsse es in Zukunft eben heissen „Reparationen oder hohe Löhne“. Diese Beweisführung wird vielleicht die oder wenigstens einige Hakenkreuzler überzeugen, auf denkende Menschen macht sie jedoch keinen Eindruck. Aber angenommen, es wäre so, wie Dr. Hessel schreibt, dann wäre die Frage zu stellen, warum die Arbeiter allein die Folgen des verlorenen Krieges tragen sollen? Von einer Herabdrückung des Lebensstandards des „besseren“ Publikums liest und hört man nirgends etwas.

Aber auf dieses Thema wollen wir uns hier nicht weiter einlassen. Uns interessiert im Augenblick nur die Forderung auf Senkung des Reallohnes. Dr. Hessel gibt zu, dass der „Lohnabbau zunächst einmal sicher eine Verringerung des Verbrauchs bedeutet und daher unmittelbar krisenverschärfend wirken wird“. Aber der Lohnabbau verringere auch die Produktionskosten. Nach einer gewissen Zeit könnten dann die Preise sinken — und das Ergebnis ist das alte Verhältnis zwischen Preis und Lohn. Also das gleiche, was durch eine gleichzeitige Preis- und Lohnsenkung erreicht wird und was Hessel als einen „ökonomischen Widersinn“ bezeichnet.

Herr Dr. Hessel überschreibt seinen Aufsatz mit „Mut zur Wahrheit — oder ökonomischer Irrsinn?“. Wir erkennen seinen Mut an, aber es ist der Mut des ökonomischen Irrsinns!

Eine Lehrlingsstatistik

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetags veröffentlicht die Ergebnisse einer Zählung der Handwerkslehrlinge nach dem Stande vom 31. Dezember 1929. Hienach gab es an diesem Tage in Deutschland rund 749 000 Handwerkslehrlinge. 228 327 wurden mit Erfolg und 3382 ohne Erfolg geprüft. Aus den veröffentlichten Tabellen ist zu ersehen, wieviel Handwerkslehrlinge auf die einzelnen Landesteile und wieviel auf die einzelnen Berufe entfallen. Für die Holzhandwerke wurden 82 744 Lehrlinge, davon allein 67 506 Tischlerlehrlinge, gezählt. Unter diesen Lehrlingen sind auch zwei weibliche, je einer im Tischler- und im Korbmacherhandwerk.

Das ist alles recht interessant, aber dass die Erhebung, oder wenigstens das, was von ihren Ergebnissen im „Deutschen Handwerksblatt“ veröffentlicht ist, viel Sinn haben kann man nicht sagen. Es fehlt vor allem jede Angabe über die Zahl der Handwerksgehilfen. Die Ausbildung von Lehrlingen erfolgt doch, um den Nachwuchs zu sichern. Wenn man das Verhältnis zwischen der Zahl der Gesellen und der Lehrlinge in den verschiedenen Berufen und in den verschiedenen Gebieten kennt, dann kann man daraus allerlei Schlüsse ziehen. Die Zahl der Lehrlinge zu kennen, die ihre Gehilfenprüfung bestanden oder nicht bestanden, mag für manche Leute recht interessant sein, aber es ist Spielerei, wenn diese Zahlen als Ersatz für die fehlende Zahl der Gesellen geboten werden.

Wir möchten dem Handwerks- und Gewerbetags die Schilddrüsenfrage nicht zuvertrauen, mit den Lehrlingen nicht auch zugleich die Zahl der Gesellen gezählt zu haben. Vermutlich hat er von der Veröffentlichung nur Abstand genommen, weil mit diesen Zahlen kein Staat zu machen ist.

Das ist der Kapitalismus

Während die Arbeiterfamilien nach Waren aller Art einen wahren Heissunger haben, klagen die Unternehmer und Händler über schlechten Absatz. Die Arbeiter können ihren Bedarf nicht befriedigen, weil ihnen das Geld zum Kauf der Waren fehlt. Zwischen ihrem Lohninkommen und den Lebenshaltungskosten klafft eine breite Kluft. Zwei Wege gibt es zu ihrer Überbrückung: Preisabbau oder Lohnerhöhung, oder beides zusammen. Die Unternehmer lehnen beide Wege ab. Auf die Lohnfrage soll bei dieser Gelegenheit nicht eingegangen werden, nur einige Bemerkungen über die Preisfrage.

Der Preis einer Ware wird nicht allein von der Höhe der Gestehungs- und Handelskosten bestimmt, auch Angebot und Nachfrage spielen eine, vielfach sogar die ausschlaggebende Rolle. Eine Ware, die mehr angeboten als gekauft wird, sinkt im Preise, soweit nicht monopolistische Bindungen bestehen. Umgekehrt steigt der Preis, wenn die Ware knapp ist und viel gekauft wird. Die Unternehmer nützen diesen Umstand aus, indem sie ständig bestrebt sind, das Angebot einzuschränken. Zum Teil geschieht dies durch Einschränkung oder Stilllegung der Produktion, sei es einzeln oder geschlossen, in Interessengemeinschaften, Kartellen und Syndikaten, zum Teil durch Zurückhaltung der Ware vom Markt, und zum Teil auch durch Vernichtung der fertigen Ware.

Von der zuletzt erwähnten Ausartung der kapitalistischen Wirtschaft soll hier die Rede sein. Natürlich kann dies nicht erschöpfend geschehen, es soll nur an einigen Beispielen gezeigt werden, wie die Kapitalisten arbeiten, um die Preise möglichst hochzuhalten. Fast unfassbar klingende folgende Ausführungen des Regierungsrats Dr. Nölle in der Zeitschrift „Reklame“ (Juliheft 1930), und doch sind sie die volle Wahrheit:

„In Brasilien wurden vier Millionen Kaffeesträucher vernichtet, um so die Produktion auf 15 Millionen Sack herunterzudrücken. Überhaupt wird in Brasilien mehr Kaffee vernichtet und verbrannt als getrunken. Das Kaffee-Wertsteigerungsinstitut genannten Landes hat jetzt beschlossen, den Kaffee zu Dünge-zwecken zu verwenden. Vorerst hat es hierfür 60 000 Sack zur Verfügung gestellt.“

Die Hollandisch-Ostindische Handelskompanie liess tausende Zentner Gewürz vernichten, um den Preis hochzuhalten. Amerika und Ägypten verbrannten Baumwolle; in den Vereinigten Staaten wurde Weizen waggonweise verieuert. In Frankreich verschüttete man viele Hektoliter Wein, weil man die Anschaffungskosten für neue Fässer sparen wollte.

Die Kanadier beabsichtigen, Gebiete, die mit Winterweizen bepflanzt sind, abweiden zu lassen. In Ceylon pflückt man jetzt von jeder Teeerpflanze statt drei nur noch zwei Blätter, weil man die Ernte um 75 Millionen Pfund herunterdrücken will.

Zahlreiche Zentner Zucker wurden selbst in Deutschland auf den Acker gefahren, um mit dem verbliebenen Rest eine Preissteigerung vorzunehmen, die den „Verlust“ mehrfach ersetzte.

In Deutschland zerschlagen heute noch die Porzellanfabriken einen Teil ihrer Fabrikate, auch wenn sie nur ganz kleine Fehler zeigen — weil der Preis nicht fallen darf. Weil man aus Hochofenschlacke eine zementartige Masse für den Strassen- und Häuserbau herstellen kann, zählt der Zementverband den Hochofenwerken eine Entschädigung, damit er die Schlacke nicht einem verpöfftigen Zweck zuführt.“

Diese Tatsachenbeispiele zeigen den Kapitalismus in seiner ganzen Blösse. Ein Wirtschaftssystem, das Waren vernichtet, damit die Preise hochbleiben oder noch höher steigen, ist wert, dass er zugrunde geht!

Merkwürdige Berufsförderer

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht den Schriftwechsel zwischen einem Berliner Geschäftsmann und der Staatlichen Fachschule für Holzschnitzerei in Oberammergau. Der Geschäftsinhaber sandte der Fachschule ein holzschnitztes Tablett französischer Herkunft mit folgendem Begleitschreiben:

„Wir schicken Ihnen per Post ein geschnitztes Holztablett. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns benachrichtigen würden, welcher der dortigen Holzschnitzer in der Lage wäre, ähnliche Tablett herzustellen. Wir können dafür etwa 10 Mk. pro Stück anlegen und bei solcher Preisstellung und guter Ausführung Quantitäten gebrauchen. Vielleicht haben Sie die Güte, das Muster dem geeigneten dortigen Betrieb zuzuleiten und uns alsdann Bescheid zukommen zu lassen.“

Die Fachschule für Holzschnitzerei antwortete darauf mit folgendem Brief:

„Wir sind im Besitz Ihres wertigen Schreibens und Pakets. Das Paket geht heute an Ihre Adresse zurück, da die Schule keine Galanteriewaren anfertigt. Dieses Tablett würde uns von einem guten Schüler 20 bis 25 Mk. kosten. Holz 3 Mk., 2½ Tage Arbeitslohn. Vielleicht macht Ihnen ein Franzose die Arbeit um 10 Mk., denn um einen solchen französischen Künstler wäre es nicht schade, wenn er bei dieser Arbeit verhungern würde, aber um einen deutschen Oberammergauer. Vielleicht macht es in Berlin ein Maschinenbildhauer um 6 Mk.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu diesem von Herrn Tannacht unterzeichneten Schreiben: „Dass die Staatliche Fachschule für Holzschnitzerei es für richtig hält, einen Auftrag, den sie in schlechtem Deutsch ablehnt, mit einer Beschimpfung französischer Künstler — ‚wäre es nicht schade, wenn er bei dieser Arbeit verhungern würde‘ — zu versehen, das ist für einen Ort, der von seinem internationalen Ruf recht gut lebt, eine höchst seltsame Art. Und sehr christlich ist das eigentlich auch nicht gedacht.“

Für die grosse Öffentlichkeit kann damit diese Angelegenheit als erledigt gelten. Nicht aber für die Holzarbeiter, besonders für die Bildhauer. Das Bildhauergewerbe liegt seit Jahren schwer darnieder, wie kaum ein anderer Gewerbebezirk. Unsere Zentralkommission der Bildhauer und die Bildhauermeister-Organisation bemühen sich ständig um Aufträge für die Berufsangehörigen; zuletzt hat hierüber Kollege Dupont in Nummer 46/1930 der „H.-Z.“ berichtet. Aber trotz aller Bemühungen ist die Arbeitslosigkeit noch so gross, dass jeder Auftrag hochwillkommen ist.

Wir wissen nicht, wie das Mustertablett, das der Berliner Geschäftsmann der Fachschule in Oberammergau eingeschickt hat, aussieht und können daher auch nicht sagen, ob es für etwa 10 Mk. geliefert werden kann. Angenommen, dies sei nicht möglich, dann hätte die Schulverwaltung doch nicht so antworten dürfen, wie sie es getan hat. Aus dem Schreiben des Geschäftsmanns geht ganz klar hervor, dass der Auftrag nicht für die Holzschnitzerschule bestimmt war, sondern diese sollte nur der Mittelsmann zwischen der Firma und den in Oberammergau ansässigen Bildhauern sein. Vielleicht hätte der Geschäftsmann sich an die Fachschule in Oberammergau nicht gewandt, wenn er gewusst hätte, dass diese mehr Geschäftsunternehmen als Schule ist. Sie ist sowohl für die Bildhauergehilfen als auch für die Bildhauermeister eine ziemlich unlautere Konkurrenz.

Wäre es anders, fühlte die Fachschule in Oberammergau sich als ein Glied des Bildhauergewerbes; dann hätte sie dem Geschäftsmann in anständiger Form schreiben müssen, dass sie den Auftrag aus Preisgründen nicht übernehmen kann, auch sei er sonstwo in Oberammergau nicht unterzubringen, sie empfehle aber, sich mit den in Berlin heimatemeten Verbänden der Meister und Gehilfen des Bildhauergewerbes in Verbindung zu setzen. Wir sind sicher, dass der Geschäftsmann dies getan hätte, und in einer der vielen schlechtbeschäftigten Bildhauerwerkstätten irgendwo im Lande herrschte heute jeder ein regeres Leben. Die Antwort, die der Geschäftsmann aus Oberammergau erhalten hat, wird ihn wahrscheinlich veranlassen, seine Tablettts wieder in Frankreich zu bestellen, wo er anständiger behandelt wird als von Leuten vom Schlage der Leiter der Holzschnitzerschule in Oberammergau.

Kapital- und Steuerflucht

In Zeiten der Unruhe und Unordnung und der allgemeinen Not, wie sie durch Kriege heraufbeschworen werden, zeigt sich regelmässig das hässliche Wesen des Kapitalismus besonders deutlich. Der Weltkrieg und was ihm folgte hat uns geradezu in Abgründe wirtschaftlicher Verworfenheit sehen lassen. Die Gier nach Besitz und Gewinn macht vor den Schranken der Gesetze und vor allgemeinen moralischen Grundsätzen nur so lange halt, als Staat und öffentliche Meinung mächtig genug sind, sie zu zügeln. Die staats- und all-gemeinschaftlichen Verfehlungen des Kapitals sind während der letzten Jahrzehnte ganz besonders gross gewesen. Gegenwärtig leidet das deutsche Volk äusserst schwer unter der Kapitalflucht ins Ausland. Es handelt sich um ganz gewaltige Beträge, die der an sich so kapital-schwachen deutschen Wirtschaft entzogen werden, und zwar hauptsächlich von den Grossbesitzern und Grossverdienern, die mit allen Ränken und Schlichen des Kapitalismus vertraut sind. Wer aber der deutschen Wirtschaft Kapital entzieht, nimmt den Arbeitenden das wichtigste und unent-behrlichste Arbeitswerkzeug und damit Arbeitsmöglichkeit und Brot.

Die deutschen Banken nehmen an, dass 8 Milliarden Mark Kapital ins Ausland abge-wandert sind, die staatlichen Verwaltungsfachleute schätzen die Summe, die dem wirtschaftlichen Blutkreislauf entzogen worden ist, auf 10 Milliarden Mark. Sach-verständige Leute, die keinen Grund haben, diese überaus unmoralischen Taten zu entschuldigen oder zu vertuschen, sagen, dass die letzte Ziffer durchaus nicht zu hoch sei.

Welche gewaltigen versteckten Gewinne hat also die deutsche Wirtschaft während der letzten Jahre gehabt? Zehntausend Mil-lionen (10 000 000 000) Mark konnten von denjenigen, die doch nur die Sachwalter des Volksvermögens sind, beiseitegebracht und der Besteuerung entzogen werden. Wie unsagbar ekelhaft nimmt sich das mora-lische Getue der Wirtschaftsgewaltigen, die sich gern anmassend Wirtschaftsführer nennen, aus, wenn man diesen ungeheuren Betrag an Volk und Staat sieht!

Was 10 Milliarden bedeuten, kann man er-messen, wenn man sie am gesamten Volkseinkommen misst. Nach gewissen-haften Schätzungen aus dem Jahre 1924/25 beträgt das deutsche Volkseinkommen nach den Ermittlungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie 38 bis 48 Milliarden Mark, nach denen der Gewerkschaften 52 bis 60 Milliarden Mark und nach den Unter-lagen des Statistischen Reichsamtes 50 bis 55 Milliarden Mark. Das deutsche Volks-vermögen wurde vor dem Kriege auf etwa 330 Milliarden Mark geschätzt, auch wohl etwas höher; jetzt wird es kaum 300 Mil-liarden Mark betragen. Eine nur sehr kleine Zahl von deutschen Staatsbürgern hat die Möglichkeit, in Zeiten grosser Wirtschaft-schwierigkeiten des Wiederaufbaues, wie immer mahnend gesagt wird, die schwache deutsche Wirtschafts- und Wettbewerbs-kraft um die ungeheure Summe von 10 Mil-larden Mark zu schwächen. Hat man da überhaupt noch ein Recht, von staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung zu sprechen? Denn das ist noch das Tollste bei der Sache: die Vertreter der Staatsgewalt, die amt-lichen Hüter des Rechts und auch die un-abhängige, sachlich urteilende Wissenschaft erklären übereinstimmend: es ist gegen diese Gemeinheiten und Betrügereien nichts zu machen, Staatsgewalt und Gesetzgebung sind machtlos dagegen.

Diese die heutige Gesellschaftsordnung grell beleuchtende Erklärung enthält leider die Wahrheit. Das Kapital ist in der heutigen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung viel mächtiger als die-jenigen sind, die nach Verfassung Gesetz und öffentlicher Auffassung die Verantwor-tung für den Schutz vor Recht und Moral tragen. Darum muss man ganz anders-geartete Grundsätze für das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten schaffen, als es die privatkapitalistischen sind. Jetzt ist alles schon in der Wurzel krank, so dass gar keine anderen Früchte wachsen können, als wir sie überall in mehr oder weniger hässlicher Gestalt sehen.

Die Kapitalisten verschieben ihr Kapital hauptsächlich deshalb ins Ausland, um sich vor der Steuerpflicht zu drücken. Auf der anderen Seite wandert englisches und ameri-

kanisches Kapital nach Deutschland, um hohe Zinsen einzustreichen. Die deutschen Kapitalisten erhalten im Ausland für die Erträge der Arbeit ihrer deutschen Mit-bürger (der Lohn- und Gehaltsempfänger) 3 bis 4 Prozent Zinsen; die amerikanischen, englischen und sonstigen ausländischen Kapitalisten erhalten in Deutschland 8 bis 12 und mehr Prozent Zinsen, die wieder von deutscher Arbeit aufgebracht werden müssen. Hier grosse Zinsverluste der deut-schen Wirtschaft, weil die deutschen Kapi-talisten gewissenlos sind, dort wieder grosse Zinsauslagen der deutschen Wirt-

reichen Fremden Vorteile und Annehmlich-keiten zu bieten. Vor reichlich einem Jahre war bereits das ganze teure Wohngelände am Vierwaldstätter See und am Züricher See von Ausländern aufgekauft, hauptsäch-lich von Deutschen, aber auch von Eng-ländern. Es ist nachher Gelände am Thuner See und in anderen angenehmen Gebieten aufgekauft worden. Für die deutsche Kapi-talflucht kommen hauptsächlich die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und Holland in Frage.

Der Weg zu gesünderen, natürlicheren und sittlich besseren Zuständen ist noch

Den Alten zur Ehr'



August Schrosch Richard Reinhardt Karl Steinborn

Kollege Schrosch ist ein altes Berliner Mitglied. Trotz seiner 70 Jahre steht er noch an der Hobei bank Dem Verbands gehört er seit 1896 ununterbrochen an. Kollege Steinborn zählt bereits 75 Jahre und ist gleichfalls Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin. Eine Zeitlang war er stellver-tretender Vorsitzender der Branchenkommission der Berliner Maschinenarbeiter. Kollege Reinhardt ist seit mehr als 25 Jahren tätiges Mitglied der Verwaltungsstelle Ilmenau

Den Jungen zur Lehr'

schaft, weil das geflüchtete deutsche Kapital unbedingt ersetzt werden muss, mag es auch harte Arbeitsfron und Entbehrung für die grossen Massen bedeuten. Die Vergeudung ist in der privatkapitalistischen Wirt-schaft an allen Ecken und Enden unglaublich gross. Aber die Besitzenden merken davon persönlich nichts, und darum sind sie gegen jeden wirtschaftlichen Wahnsinn gleich-gültig. Es ist ja sehr oft so, je toller das Durcheinander und die wirtschaftliche Un-vernunft, desto reichlicher reifen die un-sauberen Früchte der kapitalistischen Pri-vatwirtschaft, desto besser lassen sich „Geschäfte machen“ wie man es nennt, wenn man anderen das zum Leben Not-wendige wegnimmt. Man hat dazu ja die angeblich rechtlichen Handhaben. Und rechtliche Handhaben hat man auch sogar dazu, der Wirtschaft des eigenen Volkes das lebensnotwendige Blut des Kapitals ab-zuzapfen und das mit Deutschland in wirt-schaftlichem Wettbewerb stehende Ausland damit zu stärken.

In der Inflationszeit schmuggelte man Zahlungsmittel und Juwelen über die Grenze. Es waren immerhin etwas Mut, Geschick-lichkeit und Glück zum Erfolg und Gewinn nötig. Jetzt handelt man zwar auch mög-lichst heimlich, aber doch gefahrlos unter Gesetzesschutz. Man überträgt deutschen Aktienbesitz einer ausländischen Bank, die in Wirklichkeit eine Bank der deutschen Aktionäre ist. Oder man schliesst eine Sachschadenversicherung bei einer auslän-dischen Gesellschaft zu unerhöht hohen Prämienätzen ab. Die Versicherungsgesell-schaft ist aber in Wirklichkeit eine Eigen-versicherung deutscher Unternehmungen. Auf diese und noch so manche andere Weise werden die Gewinne der in Deutsch-land arbeitenden Wirtschaftsbetriebe schein-bar auf ein Nichts heruntergedrückt. Im Ausland wachsen aber die deutschen Ver-mögen überraschend schnell. Deutsche Firmen, die Rohstoffe aus dem Ausland beziehen müssen, haben in Liechtenstein oder einem anderen Grenzstaate Einkaufs-kontore, die die Waren buchen und dann mit einem grossen Preisaufschlag der wirk-lichen deutschen Einkaufsstelle in Rechnung stellen. Die durch das heimische Unter-nehmen erzielter Millionengewinne werden so vertuscht, die ausländische Einkaufs-stelle der Firma macht sie.

Schliesslich errichten die deutschen Kapi-talbesitzer seit mehreren Jahren in ganz aufwändiger Weise in der Schweiz und anderen angenehmen Gegenden luxuriöse Wohnsitze. Die kleinen Staaten sind in Steuersachen alle sehr entgegenkommend, sie wetteifern unter sich förmlich, um

sehr weit. Man verweist auf den Völker-bund. Er befasst sich auch bereits mit Kapitalabwanderungs- und Steuerhinter-ziehungsfragen. Es wird aber mit halben Mitteln, wie sie in der privatkapitalistisch eingestellten Welt allein denkbar wären, nichts Durchgreifendes erreicht werden können. Die betrogenen Massen müssen nach Macht streben, um den Wirtschaftsgeist moralischer gestalten zu können. A. S.

Gegen die Doppelverdiener

Die Sozialdemokraten haben im Reichs-tag einen Antrag eingebracht, der die Re-gierung ersucht, den Entwurf eines Gesetzes gegen die Doppelverdiener vorzulegen. In diesem Entwurf sollen folgende Forderungen berücksichtigt werden:

1. Allen in Reichs-, Staats- oder Kommu-naldiensten oder in Diensten öffentlich-rechtlicher Körperschaften ständig beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern ist die Übernahme und Ausführung ausser-dienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich zu untersagen. Wissenschaftliche, literarische und kunstschöpferische Betätigung ist ausgenommen.

2. Der Reichsarbeitsminister ist zu er-mächtigen, für Berufe, die erfahrungsgemäss besonders unter der Beschäftigung von Doppelverdienern und Schwarzarbeit zu leiden haben, den Zwang zur Meldung aller offenen Stellen bei den Arbeitsämtern und zur Benutzung der Arbeitsämter einzu-führen, und zwar auch insoweit nur eine Gelegenheitsarbeit oder vorübergehende Beschäftigung in Betracht kommt.

3. Die Arbeitsnachweise sind zu ver-pflichten, Personen, die in anderen Berufen oder Betrieben berufsmässig als Arbeit-nemer tätig sind, nur dann in eine zusätz-liche Beschäftigung zu vermitteln, wenn für diese Beschäftigungen geeignete Arbeitslose des in Betracht kommenden Berufes nicht zur Verfügung stehen.

Dieser Vorstoss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist zu begrüessen. Der heutige Zustand, dass viele hunderttausend Personen neben ihrer vollen Beschäftigung noch einen Nebenerwerb haben, ist uner-träglich. Auf diese Weise wird fast ebenso vielen anderen Hunderttausenden jede Ar-beitsmöglichkeit genommen, sie liegen auf dem Arbeitsnachweis.

Über die Aussichten des sozialdemokra-tischen Antrags lässt sich Gewisses selbst-verständlich nicht voraussagen. Aber die Tatsache, dass andere Parteien jetzt eine ähnliche Forderung stellen, berechtigt zu der Hoffnung, dass den Doppelverdienern das Handwerk gelegt wird.

Warum nicht immer so vernünftig?

Die Industrie- und Handelskammer Düs-seldorf wendet sich in ihrem Jahresbericht für 1930 gegen die zollpolitischen Mass-nahmen zum Schutze der Landwirtschaft. Nachdem festgestellt ist, dass die Zollpolitik eine Schädigung der deutschen Industrie bedeutet, heisst es wörtlich: „Der Schiag (die Fortführung der heutigen Zollpolitik) trafe nicht nur die Industrie, sondern auch die Allgemeinheit und am Ende die Land-wirtschaft selbst. Denn die Arbeiterschaft ist der stärkste Verbraucher landwirtschaft-licher Erzeugnisse. Schwächt man ihre Kaufkraft, dann schwächt man zugleich ihre Fähigkeit zur Aufnahme der Erzeug-nisse der Heimat.“

Warum wird die Kaufkraft der Arbeiter-schaft nicht immer als ein konjunktur-belebendes Element betrachtet? Es stünde dann besser um die deutsche Wirtschaft.

Mensch und Rationalisierung

Das Reichskuratorium für Wirt-schaftlichkeit (RKW.) veranstaltet am 27. und 28. Februar eine öffentliche Aus-sprache über Mensch und Rationalisierung. Diese Aussprache ist ein Teil der grossen Untersuchung des RKW. über die Stellung des Arbeiters in der rationalisierten Wirt-schaft. Bislang hat der Mensch in den Fest-stellungen und den Ratschlägen des RKW. keine oder keine nennenswerte Rolle ge-spielt. Die Frage war nur stets: Wie kann die Produktion gesteigert und verbilligt werden? Welche Folgen die Rationalisie-rung für die Arbeiterschaft hatte, blieb un-untersucht. Deswegen sind dem RKW. mit Recht bittere Vorwürfe gemacht worden. Was nützt der Gesamtheit die Rationali-sierung der Betriebe und der ganzen Wirt-schaft, wenn der Haupteffekt der ist, dass infolge dieser Rationalisierung viele hundert-tausende Arbeiter beschäftigungslos werden?

Im Vordergrund allen wirtschaftlichen Denkens und Handelns muss der Mensch stehen. Ob das RKW. das schon erkannt hat, ist nicht ganz sicher. Die Tagesord-nung der öffentlichen Aussprache geht, scheint uns, an dem Kern des Problems vorbei. Am 27. Februar spricht Prof. Dr. Poppelreuter (Bonn) über „Fragen der Berufsausbildung“ und der Berufs-ausbildung“. Im Anschluss findet eine allgemeine Thesendiskussion statt und daran anschliessend eine Erörterung konkreter Aufgaben für die Gemeinschaftsarbeit. Am 28. Februar stehen „Fragen der Best-gestaltung der Arbeit“ auf der Tagesordnung. Prof. Dr. Atzler vom Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund spricht über „Neuere Ergebnisse auf dem Gebiete der Arbeitsphysiologie“. Dr. Lipmann vom Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin über „Arbeitsbestgestaltung im Hinblick auf den Menschen“. Direktor Stein aus Köln-Kalk über „Massnahmen der Unternehmer zur Arbeitsbestgestaltung“ und Stadtmedi-zinalrat Dr. Ascher aus Frankfurt a. M. über „Praktische Untersuchungen über die Best-gestaltung der Arbeit“.

Die Aussprache findet im Langenbeck-Virchow Haus, Berlin NW 6, Luisenstr. 58/59, statt. Die Verhandlungen beginnen an beiden Tagen um 9.30 Uhr. Der Zutritt ist nur mit Teilnehmerkarte zulässig, die kostenlos abgegeben wird. Interessenten müssen sich möglichst sofort beim Reichs-kuratorium für Wirtschaftlichkeit, Berlin NW 6, Luisenstrasse 58, melden.

Erfinder und Leipziger Frühjahrsmesse

Zur Leipziger Frühjahrsmesse vom 1. bis 11. März wird die Halle 2 wiederum als „Halle der 1000 Neuheiten“ hergerichtet. Zur Erfassung der vielen Ausländer (Früh-jahrsmesse 1930 über 33 000), die mit Vor-liebe die Neuheitenhalle aufsuchen, sollen hier neben den nach Branchen geordneten Erfindungsmodellen auch deutsche Neu-heiten und Fertigfabrikate ausgestellt wer-den. Veranstalter dieser Ausstellung ist das Deutsche Erfinderhaus e. V., Hamburg 36. Jeder Erfinder, Fabrikant und Kaufmann kann hier Auskunft einholen und genaue Unterlagen, die über die Beteiligung Auf-schluss geben, anfordern. Nachweislich unbemittelte Erfinder erhalten eine Frei-fläche.



Aus dem Verbandsleben



Die Aussperrung im Holzgewerbe

Über den Stand der Aussperrung in dem Geltungsbereich des Mantelvertrages liegen nur wenige neuere Nachrichten vor; erhebliche Änderungen sind nicht eingetreten. Die am 27. Januar in Berlin abgehaltene Verbandskonferenz hat zu der Lage Stellung genommen. Die Anträge des Arbeitgeberverbandes zur Abänderung des Mantelvertrages lagen der Konferenz vor. Von einer eingehenden Besprechung wurde jedoch abgesehen. Es herrschte Übereinstimmung, dass diesen Anträgen eine ernste Bedeutung nicht beizumessen ist. Mit dem seitherigen Mantelvertrag hätte man einstweilen noch auskommen können, zumal eine Reihe von Entscheidungen des Haupttarifamts den Vertragsbestimmungen, deren Wortlaut zu Meinungsverschiedenheiten Anlass gab, eine authentische Auslegung gegeben hat. Nachdem aber Anträge von der Gegenseite gestellt sind, verständigte sich die Konferenz auf einige Abänderungsanträge, die besonders dringlich erscheinen.

Auch das vom Arbeitgeberverband erbetene Verzeichnis seiner Mitgliedsverbände lag vor. Es umfasst noch die Verbände, welche der Arbeitgeberverband beim Abschluss des jetzigen Mantelvertrages vertreten hat, mit Ausnahme der Organisationen in Niedersachsen, Schlesien und Württemberg. Aus dem Verzeichnis der angeschlossenen Verbände ist allerdings die Stärke des Arbeitgeberverbandes in den einzelnen Bezirken nicht zu erkennen, insbesondere im Vergleich zu den in den gleichen Bezirken vorhandenen Innungsorganisationen. Dessenungeachtet wurde der Vorstand ermächtigt, das in der Überreichung der Forderungen liegende Verhandlungsangebot anzunehmen. Es wird sich ja dann bald herausstellen, ob es sich rechtfertigt, für das Restgebiet des Arbeitgeberverbandes noch zentrale Verhandlungen zu führen.

Bemerkenswert sind einige örtliche Episoden. So wurde mitgeteilt, dass der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, der Möbelfabrikant Herr Arno Hagenah in Leipzig, der natürlich den Rest der noch in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter ausgesperrt hat, durch Vermittlung seines zur Kommunistischen Partei gehörigen Betriebsratsvorsitzenden Mitarbeiter der

kommunistischen „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ geworden ist. So kann dieses Blatt, gestützt auf Mitteilungen von Hagenah, berichten, dass den Vertretern des Arbeitgeberverbandes, als sie im Dezember vorigen Jahres im Reichsarbeitsministerium vorsprachen, dort der Vorwurf gemacht wurde, dass sie den Lohnabbau noch gar nicht ernstlich in die Hand genommen hätten. Ob das wahr ist, wissen wir nicht, aber wir halten es für möglich.

An der gleichen Stelle wird erzählt, Herr Hagenah habe seinen Arbeitern erklärt, die Lohnkommission unseres Verbandes habe sich mit dem Lohnabbau einverstanden erklärt, sie wolle lediglich den Mantelvertrag bis April/Mai verlängert haben. Da der Arbeitgeberverband den Mantelvertrag ändern will, der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes aber den Lohnabbau nicht selbst anbieten kann, musste es eben der Arbeitgeberverband tun.

Diese Erzählung ist, soweit vom Vorstand und der Verhandlungskommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes die Rede ist, unklar. Ob Herr Hagenah die unwahre Geschichte erzählt hat, oder ob sie von seinem Mittelsmann oder von der Redaktion des kommunistischen Blattes erfunden wurde, lassen wir dahingestellt.

Aus Dresden wurde berichtet, dass die Tischlerzwangsinnung in einer Tageszeitung Tischler suchte, die gewillt seien, für einen Stundenlohn von 1,12 Mk. zu arbeiten. Denjenigen Tischlern, die sich auf das Inserat hin meldeten, wurde gesagt, dass offene Arbeitsstellen nicht vorhanden seien, man wolle nur die Tischler feststellen, die gewillt sind, für 1,12 Mk. zu arbeiten. Über diese Auskunft wurden die gemütlichen sächsischen Tischlergesellen etwas ungemütlich. Als ihrer aber immer mehr kamen, kriegte es der Obermeister mit der Angst und er rief nach der Polizei. Es ist ihm zwar nichts geschehen, aber er fühlte sich unter polizeilicher Bewachung doch wohler. Aber das Inserat erschien nicht wieder, und am Innungsbüro wurde ein Plakat ausgehängt mit der Bekanntgabe, dass die Arbeitsplätze besetzt seien. Die Innung hatte an der Feststellung der Tischler, die sich bereit erklären, Streikbrecher zu spielen, wenn man sie später einmal brauchen sollte, kein Interesse mehr.

Streik oder Aussperrung?

Der Arbeitgeberverband legt, wie wir bereits berichtet haben, grossen Wert auf die Feststellung, dass es sich bei dem gegenwärtigen Kampf nicht um eine Aussperrung, sondern um einen Streik handle. Nun haben wir auch die Quelle gefunden, auf welche sich diese Auffassung stützt. In der Leitung des Arbeitgeberverbandes befindet sich ein Jurist, der ein Gerichtsurteil ausgegraben hat. In der „Holzindustrie“ hat man das Produkt dieser Findigkeit nicht verwendet, aber besagter Jurist hat es dieser Tage an Gerichtsstelle an den Mann gebracht bei der Verhandlung über einen Rechtsstreit, der in einem gewissen Zusammenhang mit der Aussperrung steht.

Es handelt sich um ein Urteil des Landgerichts Offenburg vom 8. März 1927, dessen entscheidende Stelle in „Rechtsprechung des Arbeitsrechtes“, herausgegeben von Potthoff, Jadesohn und Meisinger, abgedruckt ist. Das Landgericht hat entschieden: „Wenn eine Belegschaft das Angebot der Firma, nach Ablauf des Lohnzolls zu einem niedrigeren Lohnsatz zu arbeiten, nicht annimmt und sich für Arbeit entscheidet, liegt Streik und keine Aussperrung vor.“

Das passt für die gegenwärtige Bewegung in Holzgewerbe, und die Unternehmer können, gestützt auf die Autorität des Landgerichts Offenburg, sagen, es handelt sich um Streik und nicht um Aussperrung.

Wir müssen aber gestehen, dass die Weisheit des Landgerichts Offenburg uns

gar nicht imponiert. Von einem gerechten Urteil muss man erwarten, dass der Rechtsgrundsatz, den es aufstellt, auch dann gilt, wenn die Parteien des Rechtsstreits ihren Standort wechseln. Nach der Logik des Landgerichts müsste man auch sagen dürfen: „Wenn die Firma das Angebot der Belegschaft, nach Ablauf eines Lohnzolls zu einem höheren Lohnsatz zu arbeiten, nicht annimmt und infolgedessen der Betrieb ruht, liegt eine Aussperrung und kein Streik vor.“

Jedermann, der etwas vom Wirtschaftsleben versteht, wird sagen, das ist Unsinn. Mit Recht; aber das gleiche gilt dann auch für den Rechtsgrundsatz des Landgerichts Offenburg. Es bleibt eben dabei, dass es sich um eine Aussperrung handelt, sofern der Unternehmer seine Belegschaft entlässt, wenn sie es ablehnt, zu einem herabgesetzten Lohn zu arbeiten.

Württemberg

Bei den Verhandlungen, die sich am 23. Januar bis in die späten Nachtstunden hinzogen, spielte zunächst die Frage der Zuständigkeit eine Rolle; während der Geltungsdauer des Mantelvertrages kann nach dessen Bestimmungen nur zentral für alle Bezirke verhandelt werden. Diese Frage wurde dann zurückgestellt, und es folgten Auseinandersetzungen über die materiellen Meinungsverschiedenheiten. Hierbei zeigte sich, dass die vom Verband württembergischer Holzindustrieller angeordnete Aussperrung, die dazu bestimmt war, die Verhandlungen unter

Druck zu setzen, sich als Schuss erwies, der nach hinten losgegangen war. Das hatten die Unternehmer nicht erwartet, dass die Arbeiter geschlossen das Lohnabbauakt ablehnen und die Betriebe verlassen würden.

In der Lohnfrage konnte nicht verhandelt werden ohne gleichzeitige Erörterung des Mantelvertrages, wovon die Unternehmer bekanntlich nichts wissen wollten. Schliesslich rückten sie aber doch mit ihren Forderungen heraus, und dabei zeigte sich, dass sie, die angeblich mit dem Arbeitgeberverband nicht mehr gemeinsam operieren können, bereits dessen Forderungen zum Mantelvertrag in Händen hatten und sie zu vertreten suchten. Allerdings war das vergebliche Mühe. Das Ergebnis der Verhandlungen war nicht etwa ein Schiedsspruch, sondern eine freie Vereinbarung zwischen den Parteivertretern, die vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Auftraggeber abgeschlossen wurde. Diese Zustimmung ist denn auch erklärt worden. Die Vereinbarung besagt, dass der Mantelvertrag und der Bezirkstarifvertrag bis zum 24. Juni 1931 verlängert werden. Spätestens am 1. März beginnen die Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Mantelvertrages. Der tarifliche Ecklohn wird von 1,19 Mk. auf 1,13 Mk. herabgesetzt; der Lohnabbau beträgt also in der ersten Ortsklasse 6 Pf., in den anderen Ortsklassen ist er entsprechend niedriger. Die Akkordsätze werden um 6 Prozent ermässigt. Die in der vertragslosen Zeit etwa vorgekommenen Lohnsenkungen werden angerechnet. Dieses Abkommen kann erstmalig zum 24. Juni gekündigt werden.

Säger in Bayern

Für das Sägewerke in Oberbayern und Schwaben wurde am 22. Januar vor dem Schlichtungsausschuss in München verhandelt. Der gefällte Schiedsspruch bringt eine Senkung der tariflichen Spitzenlöhne der Gruppen a, b und c in München um je 5 Pf. Die Spitzenlöhne der Gruppe d ermässigen sich in allen Ortsklassen um je 3 Pf. Diese Lohnregelung soll erstmalig zum 31. Mai 1931 kündbar sein. Die Erklärungsfrist läuft am 30. Januar ab.

In Niederbayern hat sich die Unternehmerorganisation aufgelöst, es muss deshalb mit den einzelnen Unternehmern verhandelt werden. Für die Firma Lex, die in ihren Sägewerken in Plattling und Ziesel zusammen 200 Arbeiter beschäftigt, wurde vor dem Schlichtungsausschuss in Regensburg eine Vereinbarung getroffen, welche mit Geltung bis 8. Mai 1931 den Lohn an der Spitze um 4 Pf. auf 70 Pf. senkt.

Lohnabkommen in Trossingen

Mit der Harmonikafabrik Matth. Hohner AG. in Trossingen ist am 15. Januar ein neues Lohnabkommen getroffen worden, durch welches der Mindestlohn für Facharbeiter von 73 auf 70 Pf. herabgesetzt wird. Alle über dem Mindestlohn liegenden Löhne und die Akkorde werden um 5 Proz. ermässigt. Die Vereinbarung ist erstmalig zum 30. September 1931 kündbar.

Uhrenindustrie im Schwarzwald

Für die Uhrenindustrie im Schwarzwald, in welcher neben den hauptsächlich in Betracht kommenden Metallarbeitern auch eine erhebliche Zahl Holzarbeiter beschäftigt sind, wurde am 15. Januar eine Vereinbarung getroffen, durch welche das Kollektivabkommen bis zum 31. März 1931 verlängert wird. Unter das Abkommen fällt auch der zum Konzern gehörige Betrieb in Freiburg in Schlessien, der in die Ortsklasse III versetzt wurde. Die Löhne wurden entsprechend dem Schiedsspruch des Landesschlichters durch ein Abkommen geregelt, durch welches der Mindeststundenlohn des gelernten Arbeiters von 83 auf 79 Pf. herabgesetzt wird. Die tatsächlichen Stundenlöhne und Akkordsätze werden um 6 Prozent herabgesetzt. Das Abkommen ist bis zum 30. September 1931 befristet.

Ein heller Sachse

Aus Freiberg in Sachsen wird uns von einem Sägewerksbesitzer berichtet, der zwar keine Arbeit hat, aber doch den heiligen Drang in sich, in der Kampagne für Lohnabbau sein möglichstes zu tun. Er ging also unter die Schriftsteller und beglückte die arbeitslosen Säger mit der folgenden Zuschrift:

„Durch die schlechte Geschäftslage, besonders die Herabsetzung der Preise in unserer Branche, sind wir mit den jetzigen Tariflöhnen den auswärtigen Sägewerken nicht mehr konkurrenzfähig und können deshalb nur noch 77 Pf. Stundenlohn zahlen. Ebenfalls kann Urlaub nicht mehr in der jetzigen Form gegeben werden, sondern es werden nach halbjähriger Beschäftigung zwei Tage Urlaub gewährt, ohne Rücksicht auf die Jahre, die ein Arbeitnehmer in unserem Betrieb gearbeitet hat.“

Falls Sie mit vorstehendem einverstanden sind, müssten Sie uns Ihre Unterschrift geben und können dann, wenn die Unterstützung zu Ende ist, bei uns anfangen. Sollten Sie jedoch nicht einverstanden sein, dann müssten Sie sich rechtzeitig zur Krisenunterstützung anmelden, damit für Sie keine Unterbrechung in der Unterstützung entsteht.“

Der Unternehmer will also nicht etwa die Arbeiter, die mit den verschlechterten Arbeitsbedingungen einverstanden sind, beschäftigen. Sie sollen ihm nur ihre Verzichtserklärung geben. Aber er ist so freundlich, denen, die das nicht tun, den Rat zu geben, sich rechtzeitig um die Krisenunterstützung zu bemühen.

Der Mann ist nicht nur helle, er verfügt auch über die andere sächsische National-eigenschaft, er ist auch „gemütlich“. Die Mitteilung, dass diejenigen, die die Verzichtserklärung nicht abgeben, nicht wieder eingestellt werden sollen, kann man wohl kühn in eine höflichere Form kleiden, als es hier geschieht. Aber wie wird es, wenn keiner die geforderte Verzichtserklärung abgibt? In dem Fall macht halt der Unternehmer „seinen Dreck alleine“.

Hebung des Handwerks

Die nordwestdeutsche Handwerksaktiengesellschaft ist eine Einrichtung der Handwerkskammer Hannover; sie erfreut sich deshalb auch behördlicher Förderung. Als die Heeresverwaltung die Lieferung von Geschosskörben vergab, ist auch die Gesellschaft berücksichtigt worden. Im Interesse der notleidenden Korbmacher ist das zu begrüssen. Mit der Ausführung des Auftrages ist es aber eine eigene Sache. 2000 Geschosskörbe wurden zur Ausführung der Firma L. Heuer u. Sohn, Korbwarengeschäft, in Hannover zugewiesen. Beide Heuer, Vater wie Sohn, sind nicht geprüfte Korbmachermeister. Das ist eine Sache, die uns wenig berührt; auffällig ist es aber, dass sich auch die Handwerkskammer und ihre Organe nicht darum kümmern. Oder ist in den Augen der Handwerksvertretung das Fehlen der Meisterprüfung wettgemacht durch den Lohndruck, den sich die Firma L. Heuer u. Sohn leistet? Trotzdem es in Hannover noch genügend arbeitslose Korbmacher gibt, sucht die Firma auswärts Arbeitskräfte, denen sie sehr niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit anbietet. In dem Brief an einen Kollegen, der sich bei der sauberen Firma gemeldet hat, macht diese zum Schluss darauf aufmerksam, „dass wir etwa bestehende Lohnsätze nicht berücksichtigen können. Ebenso auch keine achtstündige Arbeitszeit.“ Und so etwas erfreut sich der Förderung durch Organe der Handwerkskammer! Die „Hebung des Handwerks“ ist nicht unseres Amtes; wir bemühen uns aber um die Ordnung im Gewerbe, und wir wollen gegenüber der Firma L. Heuer u. Sohn alles tun, was möglich ist, um sie an Ordnung zu gewöhnen.

*Mit Lufthausen dürfen Klümmen ist
Aus fuffla Wofanbauung füllig!*



Holzindustrie



Aus der ostwestfälisch-lippischen Holzindustrie

Unsere Aufsatzreihe über die Entwicklung und den Stand der ostwestfälisch-lippischen Holzindustrie wollen wir mit einer Betrachtung über die Kamm- und Haarschmuckindustrie und einige andere kleine Branchen schliessen.

Zu den Handwerken, die im Laufe der neueren Zeit durch wirtschaftliche Umwälzungen und technische Fortschritte untergegangen oder zur fast völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind, gehört auch das des Kammachers. Die handwerksmässige Fertigung von Kämmen und Haarschmuck aus reinen Naturprodukten, wie Schildpatt, Horn, Elfenbein, Bernstein und anderem, ist immer mehr verdrängt worden durch die maschinelle Herstellung aus einem chemischen Kunstprodukt, dem Zelluloid, auf dessen Erfindung die Gebrüder Hyatt zum erstenmal im Jahre 1869 ein amerikanisches Patent erhielten.

Im Jahre 1873 nahm als erste Firma in Deutschland die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik in Mannheim die Fabrikation dieses neuen Werkstoffes, eines Gemisches aus Baumwolle, Chilesalpeter, Kampfer, Farbstoffen und Weichmachungsmitteln, auf. Seitdem hat die Herstellung des Zelluloids und seine Weiterverarbeitung zu Kämmen, Haarschmuck, Schirmgriffen, Möbelbeschlagteilen, Zahnbürsten und vielen anderen Artikeln einen immer grösser werdenden Umfang angenommen. Infolge der Erfindung des Zelluloids und des maschinentechnischen Fortschritts entstand, frei von handwerklicher Tradition, die Kamm- und Haarschmuckindustrie des Lipper Landes, die heute einen bedeutenden Platz in der Branche in Deutschland einnimmt. Als Zweig der Holzindustrie des ostwestfälisch-lippischen Gebiets ist sie, von einem kleineren Betrieb in Hiddessen bei Detmold abgesehen, nur auf die aneinander grenzenden Städtchen Schötmar und Salzuflen konzentriert. Die Geburtsstätte ist Schötmar. Hier wurde im Jahre 1891 die erste Fabrik von dem Kaufmann Küster gegründet. Das junge Unternehmen hatte zuerst mit Schwierigkeiten mancherlei Art zu kämpfen, aber Küster überwand sie. Sein Unternehmen wuchs und hatte es vor Ausbruch des Weltkrieges auf 120 Beschäftigte gebracht. Der zweite Betrieb der Branche wurde 1898 von Essmann und Pottharst gegründet, dann folgte Essmann in Salzuflen und darauf im Jahre 1907 Meyer u. Co. Nur diese vier Firmen waren 1914 vorhanden und beschäftigten vor Kriegsausbruch 250 Arbeiter, darunter 25 Frauen.

Durch den Weltkrieg wurde die Entwicklung jäh unterbrochen. Nach seiner Beendigung setzte dann zunächst ein ungewöhnlicher Aufschwung ein. Betriebserweiterungen und Gründungen folgten eine auf die andere. Der vier Jahre lang gedrosselte Bedarf wollte befriedigt werden. Durch die Inflation nahm auch das Auslandsgeschäft einen grossen Umfang an.

Dann kam der Rückschlag. Seit 1924 befindet sich die Branche in einem chronischen Krisenzustand. Zu den allgemeinen Wirtschaftskrisen traten noch besondere ungünstige Momente. Durch die kurzgeschnittene Haartracht der Frauen- und Mädchenwelt wurde der Bedarf an Haarschmuckartikeln sehr stark gemindert. Auf dem Auslandmarkt machen französische und japanische Fabriken starke Konkurrenz. Diese wird begünstigt durch die unbillige Preispolitik der deutschen Rohzelluloidindustrie. In dieser hat sich in neuester Zeit eine gewaltige Konzentration vollzogen. Der IG. Farbentrust hat die bedeutendsten Rohzelluloidfabriken in seine Hand bekommen, so unter anderem die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik in Mannheim-Neckarau, die Vereinigten Zelluloidfabriken in Krefeld, die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff AG. in Troisdorf bei Köln. Der IG. Farbentrust beherrscht den Markt und die Preise für Rohzelluloid. Die zelluloidverarbeitende In-

dustrie führt berechnete Klage darüber, dass die deutsche Rohzelluloidindustrie ihre Fabrikate in das Ausland zu erheblich billigeren Preisen liefert, als sie von den deutschen Zelluloidwarenfabriken fordert und auf Grund der Konvention auch strikte innehält. Durch diese Preispolitik wird die weiterverarbeitende Industrie des Auslandes begünstigt, die deutsche aber benachteiligt und gehemmt. Die einzige Fabrik, die die von der Konvention festgelegten Preise unterbietet, ist die Worbla-Zelluloidfabrik in Worblahausen bei Bern (Schweiz), die in Mannheim ein Verkaufskontor unterhält.

Ungesunde Kartellpreispolitik der deutschen Rohzelluloidindustrie, Modeänderungen und die furchtbaren allgemeinen Wirtschaftskrisen bewirkten den einer gewissen Tragik nicht entbehrenden Abstieg der Kamm- und Haarschmuckindustrie. Würden bis 1924 nur Kamm- und Haarschmucksachen gefertigt, so haben infolge des hierin verminderten Auftragsangesanges einige Betriebe sich umgestellt für die Mitherstellung von Schirmgriffen, Möbelbeschlagteilen, Türdrückern, Handtaschenbügeln, Zigarettetenets, Zahnbürsten und anderem mehr.

In der Zeit ihres besten Geschäftsganges im Jahre 1922 waren in der lippischen Kamm- und Haarschmuckindustrie schätzungsweise annähernd 1000 Personen beschäftigt. Nach einem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes in Detmold waren im zweiten Halbjahr 1929 noch 13 Betriebe mit 578 Arbeitern und 76 Angestellten vorhanden. Die amtliche Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 verzeichnet für die Herstellung von Kämmen 291 Betriebe mit 5063 beschäftigten Personen. Von letzteren waren 2264 gleich 44,7 Prozent weiblich.

Die Verdrängung der männlichen Arbeitskraft durch weibliche und jugendliche ist ganz besonders in dieser Branche eingetreten, was durch die maschinentechnische Entwicklung sehr erleichtert wurde. Nach der amtlichen Erhebung im Jahre 1925 waren 65 Prozent der Betriebe mit motorischer Kraft versehen.

Ganz besonders hat in den Betrieben der lippischen Zelluloidwarenindustrie die Beschäftigung billigerer weiblicher und jugendlicher Arbeiter als Ersatz für männliche Vollarbeiter überhandgenommen. Nach der Berufszählung vom Jahre 1907 waren in den damals in Schötmar und Salzuflen vorhandenen vier Kamm- und Haarschmuckfabriken 221 Arbeiter beschäftigt. Davon waren nur 21 gleich 10 Prozent weiblich. In fünf namhaften Betrieben wurden Mitte 1930 insgesamt 389 Arbeiter beschäftigt. Von diesen waren nur 136 männliche Vollarbeiter, aber 217 weibliche Arbeiter und 36 männliche Jugendliche. Die beiden letzteren Gruppen machen 65 Prozent der Beschäftigten aus. Auf Grund der misslichen Verhältnisse, unter denen unbestritten die Industrie und ganz besonders auch die Arbeiterschaft in den letzten Jahren gelitten haben, sind die Löhne vergleichsweise sehr gedrückt. Dennoch stellt der Lippische Arbeitgeberverband in einem Teil der heimischen bürgerlichen Presse die Behauptung auf, die „hohen“ Löhne seien mit schuld an dem Daniederliegen der Branche. Die mit dieser Behauptung vom Lippischen Arbeitgeberverband beabsichtigte Irreführung der öffentlichen Meinung ist tief beklagenswert.

In der Sparte Herstellung von Besen und Grobbürsten nehmen zwei grosse Bürstenfabriken in Herford den ersten Platz in der Branche in ganz Deutschland ein. Als erste Fabrik wurde die der jetzigen Firma Werth im Jahre 1882 von den Kaufleuten Meier und Weinberg gegründet. Zunächst wurde der Betrieb mit etwa 20 Arbeitern in einem gemieteten Raum aufgenommen. Kurz danach baute die Firma eigene Fabrikräume, die heute noch bestehen und benutzt werden. Eine zweite Fabrik, die jetzige Firma König u. Böschke AG., wurde im Jahre 1892 gegründet. Nachher sind wiederholt Neugrün-

dungen erfolgt, die aber alle von nur kurzer Lebensdauer waren, so dass zurzeit nur die beiden genannten Firmen in Herford bestehen. Anfangs wurden in den Fabrikräumen die Hauptsache nur die Fasern sortiert und die Holzteile für Plassava- und Kokosbesen, Handfeger und Schrubber gemacht. Das Einziehen wurde von Gefangenen der Strafanstalten in Herford, Detmold und Hamm ausgeführt. In Jahre 1908 fand die Gefängnisarbeit dadurch ihr Ende, dass Misch-, Einzieh- und Stanzmaschinen in den Betrieb gestellt wurden. Durch die Stanz- und Einziehmaschine wurden 38 Dutzend Besen an einem Tage eingezogen. Bei der Handarbeit war das eine Tagesleistung von 13 Einziehern.

Als Rohstoffe kommen hauptsächlich Holz und Faser in Frage. An Holz werden nur Erle und Buche aus den benachbarten Wäldern verwendet. Die Faserware kommt aus Afrika, insbesondere aus der Negerrepublik Liberia. Sie kam vor dem Krieg als Schiffsballast herüber, muss aber heute als Schiffsfracht bezogen werden und stellt sich dadurch wesentlich teurer als ehemals. Durch Lastzüge wird die Ware von Bremen nach Herford befördert. Bei normaler Beschäftigungslage verbrauchen beide Fabriken täglich 180 Zentner Faserware und 25 Festmeter Holz. Bei gutem Betrieb werden von der Firma König u. Böschke AG. 350, von der Firma Werth 100 Arbeiter beschäftigt. Die Erzeugnisse finden überall in Deutschland Absatz, doch geht ein erheblicher Teil auch ins Ausland, wovon England Hauptabnehmer ist.

In den Glasfabriken der Mindener Gegend werden bei guter Beschäftigungslage etwa 500 Korbmacher mit der Herstellung von Flaschenkörben beschäftigt. Die einst sehr bedeutende Korb- und Rohmöbelindustrie in Herford ist allerdings sehr zurückgegangen. Ihr wurde durch den Friedensvertrag der Rohstoffbezug sehr erschwert. Das wichtigste Weidenpflanzungsgebiet, die Ostmark, wo eine Herforder Firma ausgedehnte eigene Weidenplantagen besass, ist an Polen gefallen, welches der Ausfuhr grosse Schwierigkeiten macht. Die Provinz Schlesien als Hauptgebiet der Weidenpflanzung vermag allein den Bedarf an Weiden für die Korbindustrie nicht zu decken.

Die Holzschuhfabrikation, die während des Weltkrieges einen ungeahnten Aufschwung nahm, ist stark zurückgegangen; heute ist von den vier während des Krieges entstandenen Betrieben nur noch einer am Leben.

Die Musikinstrumentenindustrie ist vertreten durch eine Orgelbauanstalt in Wehrendorf bei Vlotho, eine zweite in Kirchheide und eine Klavierfabrik in Minden.

Die Wagenbauabriken in Lemgo hatten in Fachkreisen weit über die Grenzen des Lipper Landes hinaus, ja überall in Deutschland einen guten Ruf. Dem schönen Gewerbebezweige ist durch das Auto der Lebensläden abgeschnitten worden.

Eine grosse Sargfabrik in Lage hat ungeachtet der Wirtschaftskrise, durch die der Bedarf an Särgen natürlich nicht geschmälert wurde, ihre Belegschaftsziffer stark vermehren können und beschäftigt jetzt über 170 Personen. Ein zweiter Betrieb für die Herstellung von Särgen mit 25 Beschäftigten befindet sich in Asemissen bei Oerlinghausen.

Die Fabrikation von hölzernen Gestellen für Rauch- und Zierische, Stehlampen, Kron-, Wand- und Armleuchtern wird in Detmold betrieben. Mit der Anfertigung hölzerner Gehäuse und Schränke für Sprechapparate ist vornehmlich ein Betrieb in Minden beschäftigt.

Sägewerke von verhältnismässig erheblichem Umfang sind in Minden, Spenge, Lemgo, Lage und Blomberg. Einer Anzahl Holzbearbeitungsabriken sind ausserdem Sägewerke als Nebenbetriebe angegliedert, die teils Schnittware für den Hauptbetrieb, teils auch für fremde Hand liefern.

Johann Ahlers.

Erhöhung des Kaseinzolles?

Die Vertreter der Landwirtschaft fordern eine Erhöhung des heutigen Kaseinzolles von 6 Mk. je Doppelzentner auf 80 Mk. Bei dem jetzigen Weltmarktpreis von etwa 30 Mk. frei Grenze bedeutet der geforderte Zoll eine Wertbelastung von rund 270 Prozent. Diese Zollerrhöhung würde nach den Angaben der Sperrholzfabrikanten eine Verteuerung des deutschen Sperrholzes um 7 bis 8 Prozent zur Folge haben. Im Rahmen der Preisabbauaktion passt das wie die Faust aufs Auge. Die Wirkung einer Preiserhöhung würde sein, dass die Nachfrage nach deutschem Sperrholz zurückgeht, also eine Schädigung der Industrie und vor allem ihrer Arbeiter.

Das Kasein wird aus den Abfallprodukten der Milch gewonnen. Gegenwärtig beträgt die deutsche Kaseinerzeugung knapp 600 Tonnen im Jahr. Eingeführt werden etwa 15 000 Tonnen. Angeblich kann die deutsche Kaseinerstellung nur dann rentabel sein, wenn der Preis durch die geforderte Zollerrhöhung stark erhöht wird. Mit dieser Behauptung finden die Landwirte bei der Reichsregierung selbstverständlich ein williges Ohr. Wie verlautet, sind das Reichsernährungsministerium und einige bürgerliche Parteien für die Erhöhung des Kaseinzolles. Der Landwirtschaft muss eben geholfen werden, mögen verschiedene Industriezweige dabei auch zugrunde gehen.

Leipziger Messe und Holzwirtschaft

Die Not der deutschen Holzwirtschaft hat den Reichsforstwirtschaftsrat veranlasst, im Rahmen der Leipziger Baumesse vom 1. bis 11. März eine grosszügige Werbung für die Verwendungsmöglichkeit des deutschen Holzes durchzuführen. Zu dieser Aufgabe haben sich die Waldbesitzer, die Unternehmer der Sägewerksindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie und des Holzhandels unter Führung des Reichsforstwirtschaftsrates zusammengeschlossen.

Das Kernstück der Ausstellung bildet ein hölzerner Funkturm. Sodann wird ein Modell der Wiener Sängerkirche sowie des Knochenhauer-Amtshauses Hildesheim aufgestellt. Weiterhin ist vorgesehen, durch einzelne Beispiele von Konstruktionsteilen aus Holz zu zeigen, welche vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten dieses Material im Wohnungsbau hat, insbesondere wird auch die Holzverarbeitende Industrie eine grosszügige Werbung für die serienmässig hergestellten Türen und Fenster aus Holz durchführen. Diese Bestrebungen sind im Hinblick auf die in Aussicht genommenen Kleinstsiedlungen von grösster Bedeutung.

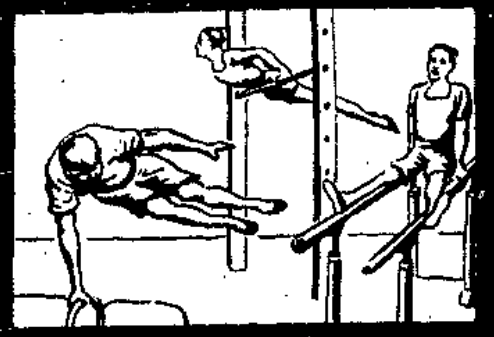
Polnische Rundholzzölle

Nachdem am 31. Dezember 1930 das deutsch-polnische Holzabkommen abgelaufen ist, gelten bei der Rundholzausfuhr nach Deutschland nunmehr wieder die polnischen autonomen Rundholzzölle. Wie der „Internationale Holzmarkt“ (Wien) mitteilt, beträgt der Ausfuhrzoll je Festmeter Nadelrundholz 9,87 Mk. (bisher 1,32 Mk.), Laubrundholz 12,69 Mk. (bisher 85 Pf.), Erlenrundholz 19,74 Mk. (bisher 4,94 Mk.), Espenholz 9,87 Mk. (bisher 4,94 Mk.).

Diese Zölle kommen, schreibt der „Internationale Holzmarkt“, wohl einer vollkommenen Absperrung des Rundholzverkehrs zwischen Deutschland und Polen gleich. Den Schaden davon hat, darüber besteht wohl nur eine Meinung, in erster Linie Polen selbst. Bei seiner heutigen Wirtschaftslage ist Deutschland auf das polnische Holz nicht unbedingt angewiesen, es kann darauf verzichten, bis Polen es für zweckmässig hält, sich mit Deutschland über ein allgemeines Handelsabkommen zu verständigen.



Gesundheit und Körperpflege



Ernährung des Zuckerkranken

Von Dr. Karsten

Der Diabetes, wie die Zuckerkrankheit in der medizinischen Sprache heisst, stellt eine Störung im Stoffwechsel der Kohlehydrate (Zucker, Mehl, Stärke und andere Nahrungsmittel) dar, was sich durch Ausschleiden von Zucker im Urin anzeigt. Unter normalen Verhältnissen beträgt der Zuckergehalt des Blutes höchstens 0,1 Prozent und wird durch einen ungemein feinen Regulierungsmechanismus im Gleichgewicht gehalten; bei Kranken steigt der Zuckergehalt bis auf 0,44 Prozent.

Der mit der Nahrung eingeführte oder aus anderen Quellen sich im Körper bildende Zucker wird beim Gesunden, soweit er nicht in der Leber aufgespeichert oder in den Muskeln verwandt wird, zu Kohlensäure und Wasser verbrannt (oxydiert) und ausgeschieden; der Zuckerkranke hat diese Fähigkeit verloren, der Zucker überschwemmt das Blut und die Gewebe und verursacht Störungen der verschiedensten Art.

Die Ursache ist, wie erst neuere Forschungen ergeben haben, in der Mehrzahl der Fälle eine Erkrankung der Bauchspeicheldrüse, des Pancreas, die nicht mehr genügend den Zuckerstoffwechsel regulierende Sekrete absondert. Auf dieser Tatsache beruht die jüngste Behandlung des Diabetes mit einem Produkt des Pancreas, mit dem Insulin. Es ist hier nicht der Ort, darauf näher einzugehen; nur soviel sei gesagt, dass diese Behandlung einen sehr grossen Fortschritt bedeutet, in schweren Fällen oft lebensrettend wirkt und auch in leichten Fällen mit Erfolg angewandt wird. Aber ganz abgesehen davon, dass die Insulintherapie ziemlich umständlich ist: ohne Regelung der Diät kann auch sie nicht auskommen. Die diätetische Behandlung des Diabetes ist und bleibt, bis auf weiteres, das Wesentlichste.

Da der Körper ganz oder teilweise die Fähigkeit verloren hat, Kohlehydrate sich einzuverleiben, zu verarbeiten, hat die Diät darauf zu sehen, diese Arbeit ihm zu erleichtern, ihm so wenig wie möglich Kohlehydrate in der Nahrung zuzuführen, so dass der Diabetiker, mehr als der Gesunde, zur Erziehung von Energie und Wärme sich an Eiweiss und namentlich an Fett halten muss. Allerdings entwickelt der Körper auch aus Eiweiss und aus Fett Zucker; es kann also, auch wenn man dem Kranken eine ganz kohlehydratfreie Nahrung gibt, Zucker im Urin sich finden, was aber immer ein Zeichen schwerer Erkrankung ist.

Die Ernährung muss so sein, dass die Zuckerausscheidung nach Möglichkeit herabgesetzt wird, ohne dass Störungen im Wohlbefinden des Kranken und in seinem Ernährungszustand entstehen. Man muss dem Kranken soviel Kohlehydrate gestatten, als sein Körper zu verbrauchen imstande ist. Das muss in jedem Falle ausgeprobt werden. Die Duldsamkeit des Körpers für Kohlehydrate ist sehr verschieden; zuweilen bei denselben Menschen zu verschiedener Zeit. Man wird, wenn es vertragen wird, die Menge der zuzuführenden Kohlehydrate steigern, da ganz ohne Kohlehydrate auszukommen sehr schwer ist.

Aber auch die zwei anderen notwendigen Bestandteile unserer Nahrung, Eiweiss und Fett, darf man nicht in unbeschränkter Menge geben. Etwas Unterernährung schadet gerade bei Diabetes — die Erfahrungen im Weltkrieg lehren es — durchaus nicht. Mangelhaftigkeit und Einschränkung der Nahrungsfuhr sind oberstes Gesetz, das aber nicht zum Hungerfanatismus werden soll. Man wähle im allgemeinen mit 50 bis 60 Gramm Eiweiss, 40 Gramm Kohlehydraten und 100 bis 150 Gramm Fett auskommen, was einer Kalorienmenge von 1500 bis 1800 entspricht. Eine solche Durchschnittsdiät könnte bestehen in 100 Gramm Fleisch, 2 Eiern, 50 Gramm Butter, 50 Gramm Speck,

100 Gramm Grahambrot (s.u.) und 800 Gramm Gemüse. Je nach Erfordernis wird der Arzt ganz kohlehydratfreie Tage, Hafer- und Gemüsetage (Blatt- und Kohlgemüse, Salate, auch Gurken und Rettiche sowie Eier) einlegen, ja auch direkte Hungertage anordnen, bei denen die Kranken drei bis vier Tage lang nur 250 Gramm Hafermehl in Suppenform und 100 Gramm Butter erhalten oder, bei Bettruhe, mit Fleischbrühe und Mineralwässern auskommen sollen.

Fast ganz kohlehydratfrei sind: grüne Gemüse, ohne Mehlzusatz gekocht, die Fette und Käsearten, Fleisch und Fisch, Eier, Fleischbrühen, Mineralwässer, zuckerarme Weine, Kognak.

Gering ist die Menge an Kohlehydraten in: Zwieback, Schwarzbrot, Milch, Kakao, Pilzen, Kohlrabi, Nüssen, saurem Obst. Manche hochwertige Gemüse und Obstarten können durch halbstündiges Kochen und Abgiessen des Kochwassers ärmer, praktisch sogar frei von Kohlehydraten werden.

Viel Kohlehydrate enthalten alle Zuckerarten, Kuchen, Honig, süsser Wein, Bier, süsse Früchte; aber auch Kartoffeln, Griess, Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen; Nahrungsstoffe, die unter gewissen Verhältnissen doch in beschränktem Umfange erlaubt werden können.

Sehr schwer entbehren die Diabetiker das Brot. Die Industrie hat versucht, möglichst kohlehydratarmer Brote herzustellen, das Kleberbrot, das Aleuronatbrot usw. Gut und schmackhaft ist das Sökelandsche Diabetikerbrot, ein Vollkornbrot, bei dem der Prozentsatz von Kohlehydraten auf 30 Prozent herabgedrückt ist. Eventuell kommt man mit dem an Kleie reichen Grahambrot aus.

Statt Zucker verwendet man zum Süssen der Speisen Saccharin; doch darf man nicht allzuviel davon nehmen, da manche Menschen sehr leicht Widerwillen dagegen haben und bekommen.

Um die recht einförmige Kost etwas reizvoller zu gestalten, kann man Gewürze nehmen, Salz, Pfeffer, Senf, Kümmel, Essig, Zitrone, Petersilie usw., doch mit Vorsicht und mässig, sonst gibt es Magenkatarrhe. Die Maggiwürzen sind hier gut verwendbar.

Das hier Gesagte soll und kann nur eine Art Anleitung zum Verständnis der schwierigen Ernährung des Zuckerkranken sein. Die besondere Verordnung, auch der Diät, kann nur in der Hand des Arztes liegen, der nicht nur nach dem Prozentgehalt des Zuckers im Urin, sondern auch der ganzen Konstitution des Kranken und dem Befund seiner Organe die Ernährungsweise bestimmen wird. Die Ernährung stellt gerade an den Zuckerkranken sehr starke Anforderungen, verlangt von ihm grosse Bescheidung und Beschränkung; aber sie hat auch, gerade beim Diabetes, oft grosse, lebensverlängernde Erfolge.

Schutz vor Grippe

Deutschland ist gegenwärtig von einer Grippewelle erfasst worden, und die Frage: „Was hilft gegen Grippe?“ beschäftigt daher alle Welt. Fast jeder fühlt sich da als berufener Helfer und glaubt, einen guten Rat erteilen zu können. Vielfach Mittel werden auch mit grosser Reklame als sicher wirksam empfohlen, aber schon aus dieser Vielheit der Mittel geht hervor, dass es ein wirklich zuverlässiges Mittel gegen die Grippe eben nicht gibt. Zudem ist es gefährlich, durch solche vermeintliche Selbstbehandlung die Krankheit zu verschleppen oder erst zu verschlimmern.

„Was hilft gegen Grippe?“ Statt aller der vielen Antworten auf diese Frage sollte es nur eine einzige Antwort geben: „Gegen die Grippe hilft nur der Arzt!“ Wer an Grippe erkrankt ist oder erkrankt zu sein glaubt, der kann daher nichts Besseres tun, als sich ins Bett zu legen und schleunigst den Arzt zu rufen, dem dank seiner wissen-

schaftlichen Ausbildung und seiner praktischen Kenntnisse und Erfahrungen die in jedem einzelnen Falle eine besonders kritische Auswahl erfordernden Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um der Krankheit Herr zu werden.

Viele aber, die die Frage aufwerfen: „Was hilft gegen Grippe?“, wollen ganz etwas anderes wissen, nämlich: „Wie schützt man sich vor der Grippe?“ Auch hier helfen im allgemeinen weder Mittel und Mittelchen noch der vielfach gepriesene Alkoholgenuss, der bei Herzkranken und in manchem andern Falle überhaupt oft recht bedenklich ist. Vor der Grippe wird nur der sich wirksam schützen können, der sich entsprechend hygienisch zu benehmen weiss.

Die Grippe ist eine durch die Luft, insbesondere durch die beim Husten und Niesen verstreuten Tröpfchen übertragbare Erkrankung, der eine Erkältung den Weg bereitet. Vorsorge gegenüber jedweder Art von Erkältung durch genügend warme Kleidung, durch Heizung und ausreichende Lüftung der Wohn- und Arbeitsräume, durch körperliche Bewegung und planmässige, allerdings schon im Sommer beginnende Abhärtung stehen uns zunächst einmal als wirksame Waffe gegen den Angriff der Grippe zur Verfügung. Wer erkältet ist, der halte beim Husten und Niesen ein Taschentuch vor den Mund; auch das Taschentuch muss pfleglich behandelt werden. Man entfalte es nicht bei jeder Gelegenheit und ersetze es möglichst oft durch ein neues. Sehr wertvoll in Grippezeiten ist auch die Verwendung von billigen Papiertaschentüchern, die nach einmaliger Benutzung vernichtet werden. Man suche ferner von Hustenden und Niesenden oder Grippekranken Abstand zu halten, mindestens auf Armeslänge. Vernünftige Ernährung, Sauberkeit an sich selbst und gegenüber anderen werden das übrige tun, um den Körper nach Möglichkeit vor der Grippe zu bewahren.

Gegen die Bazillenfurcht!

Von Dr. G. Zickgraf

Eine der unerfreulichsten Folgen, die die Aufklärungsarbeit der modernen Hygiene gezeitigt hat, ist die Bazillenfurcht. Gibt es doch Leute, die sich ängstlich vor jedem Schnupfenkranken zurückziehen und aus Furcht, die unerwünschte Grippe zu bekommen, nicht ihr Haus verlassen; natürlich suchen diese Ängstlichen noch viel mehr die Berührung mit einem Tuberkulösen oder einem mit einer ähnlichen Krankheit Behafteten zu vermeiden. Nach ihrer Ansicht brauchen diese Furchtsamen nur irgendwann einmal einen Bazillus zu erwischen, um krank zu werden. Leider wird diese unsinnige und auch ganz zwecklose Furcht noch von manchen Ärzten unterstützt, und wenn man manche behördliche oder halbbehördliche Auslassung ansieht, so trifft man auch dort noch ein gut Teil jener von der Wissenschaft längst überholten Anschauung, als ob die Krankheiten nur von Bazillen herrührten.

Ein anschauliches Beispiel dafür, dass die Bazillen nicht die einzige und noch nicht einmal die ausschlaggebende Ursache von Krankheiten sind, bietet jene Halsentzündung, die als St.-Moritz-Angina bezeichnet wird. Ein grosser Teil der Besucher von St. Moritz erkrankt nämlich dort in den ersten Tagen an einer eitrigen Mandelentzündung, die von Streptokokken (einem krankmachenden Pilz) verursacht wird. Nun darf man aber nicht annehmen, dass den Besucher von St. Moritz nach seiner Ankunft diese Pilze überfallen und krank machen, die der Laje ja insgesamt mit dem Namen „Bazillen“ belegt. Das ist gänzlich ausgeschlossen. Der Vorgang ist vielmehr so, dass jeder Mensch diese Pilze als harmlose Schmarotzer in seinem Hals hat und erst durch den Klimawechsel eine Veränderung der Rachenschleimhäute eintritt, die dem Pilz gestattet, krankmachend zu wirken.

In dem Wechselspiel zwischen Bazillus und Mensch kommt es ebenso sehr auf den Menschen und seinen jeweiligen Zustand, also auf seine Empfänglichkeit, an wie auf den Bazillus. Noch andere Faktoren spielen mit: Ernährung, Klima, Bodenbeschaffenheit. So ist die St.-Moritz-Angina nichts anderes als ein Aktivwerden harmloser Schmarotzer durch die Veränderung, die der meist plötzliche Klimawechsel bei den Besuchern von St. Moritz verursacht. Es ist auch bekannt, dass gewisse tropische Seuchen endemisch sind, d. h. an den Ort gebunden, und selbst von Kranken nicht verschleppt werden können.

Betrachtet man einmal von diesem Standpunkt aus jene unsinnigen Desinfektionsmassnahmen, die früher üblich waren und leider auch heute noch an manchen Orten gebräuchlich sind, wenn eine ansteckende Krankheit herrscht, so sieht man, wie wenig diese den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Meist bestehen sie auch nur aus Scheinmanövern, die noch nicht einmal zur Abtötung der Bazillen ausreichen, sondern nur durch die Umständlichkeit und die meist dabei entstehenden üblen Gerüche die Menschen in Sicherheit einlullen. Es gehört eben zur Ansteckung etwas mehr als ein Bazillus. Wenn das nicht der Fall wäre, müssten wohl alle Menschen in den zivilisierten Ländern ständig befallen werden. Denn jeder einzelne nimmt dauernd schon durch die eingeatmete Luft und durch die Berührung mit vielen Gegenständen krankmachende Bazillen in sich auf. Dass nicht jeder Mensch krank wird, ist der beste Beweis, dass die Bazillenfurcht widersinnig ist und überwunden werden muss. Auch im Mittelalter, als Pest und Cholera ganze Länder entvölkerten, blieb immer ein gewisser Prozentsatz von Menschen verschont, obwohl sie mitten zwischen den Kranken lebten und sich sicher ebenso „ansteckten“ wie die von der Seuche Ergriffenen. Bei den modernen Typhusepidemien sehen wir das gleiche.

Nun soll damit nicht gesagt werden, dass man jede Vorsicht ausser acht lassen soll. Nur der übertriebenen Bazillenfurcht sei der Kampf angesagt, weil sie zwecklos ist und die Furcht vor den Bazillen die Menschen leicht krankheitsgeigneter machen kann, als sie es im Vertrauen auf einen gesunden, zweckmässig ernährten und gestählten Körper zu sein brauchen. Dieser ist die beste Gewähr dafür, dass der gefürchtete Bazillus uns nicht krank machen muss.

Fieber

Jeder Fiebernde gehört ins Bett. Bei 37° und einigen zehntel Graden mehr spricht man zwar nur von erhöhter Temperatur, aber auch das ist schon Fieber und bedeutet, dass etwas im Körper nicht in Ordnung ist. Will der Fiebernde trinken, gebe man ihm ruhig, falls der Arzt es nicht gerade verboten hat; rissige, trockene Lippen feuchte man an oder fette man ein. Da höhere Grade von Fieber oft mit Bewusstseinsstörungen verbunden sind, soll man Hochfiebernde nie allein lassen, nie ohne Aufsicht, damit sie in ihren Delirien nicht Unheil anrichten.

Man messe möglichst noch vor Ankunft des Arztes die Temperatur; ein zuverlässiges Thermometer sollte in keinem Haushalt fehlen. Bei Kindern im Alter: das Kind liegt auf dem Bauch; um ein plötzliches Aufrichten des Kindes zu verhüten, legt man die linke Hand flach auf seinen Rücken und führt mit der rechten das vorn eingefettete Thermometer langsam und waagrecht in die Afteröffnung. Bei Erwachsenen möglichst ebenso, sonst unter der Zunge oder, was am häufigsten geschieht, weil es am bequemsten ist, in der Achselhöhle, wobei darauf zu achten ist, dass das Thermometer nicht hinten aus der Achselhöhle herausragt, dass es fest anliegt und 8 bis 10 Minuten liegen bleibt.



Unterhaltung und Wissen



Schwarz-weiss

Wie schwarze Wächter starren die Wälder,
In stumpfes Weiss gehüllt sind die Felder,
Auf denen gravitätisch gehen
Einige schwarzbefleckte Krähen.
Der Berg türmt sich massig im Hintergrund
Mit schwarzen Zacken und weissem Schlund.

Da küsst seinen Gipfel mit einem Mal
Ein verlорener Sonnenstrahl...
Hat nicht das düstere Antlitz der Welt
Sich jetzt zu einem Lächeln erhellt?

Maria Schulz.

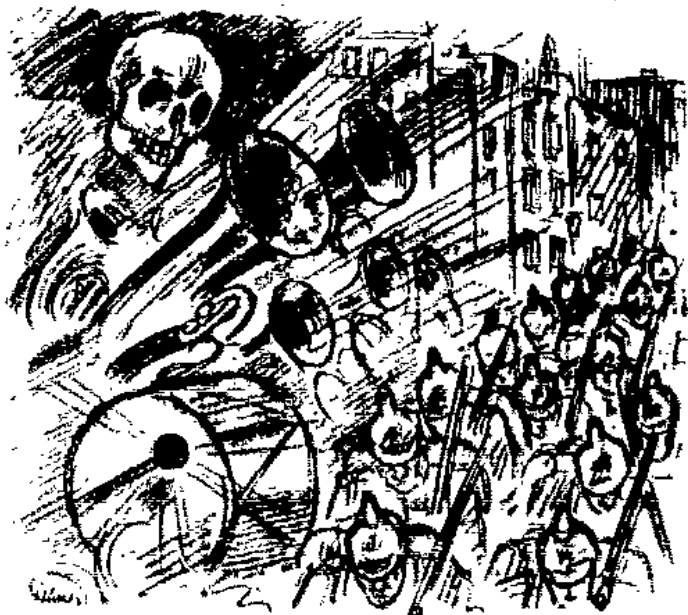


Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. (5. Fortsetzung.)

An den Stimmen rechts und links neben uns aber höre ich, dass Menschen der Stadt mit uns marschieren. Es ist die andere Armee, die neben uns hergeht. Sie hungert wie wir, der Befehl des Krieges wirft sie auf das Pflaster des Hungers und des Todes wie uns auf die Exerzierplätze und in die Granattrichter, unsichtbar trägt sie die Gewehre des Hasses gegen ihre Unterdrücker über den Schultern — sie marschieren mit uns, die Armee des hungernden Volkes, die Strassen entlang, die Mauern entlang... stumm oder laut, mit lassenden Herzen und leeren Leibern... Am Bahnhof werden sich ihre Köpfe entfernen, — sie sollen in der dunklen, hungernden Stadt weiter für den Krieg opfern, für das „Vaterland“. Ihre Gedanken aber begleiten uns weiter bis in die Schützengräben, und sie erwarten und erscheinen den Tag, da sich ihre Gedanken mit unseren treffen werden...

Ach, wären wir doch erst am Bahnhof! Wie lange marschieren wir denn schon? Es sind erst wenige Minuten vergangen; wir haben von der Kaserne aus noch nicht die nächste Strassenecke erreicht. Ja, das Abschiednehmen ist schwer, die Minuten werden zu Stunden... Wenn wir doch erst in den Viehwagen wären...

Und plötzlich sind Blumen da. Hände strecken sich uns entgegen. Ich bin verwirrt, ich weiss nicht, wohin ich blicken soll. Ich fürchte mich vor den Blumen — und es gab eine Zeit, da ging ich nachts in die Anlagen, im Sommer, wenn die Rosen blühten, und brach Blumen von den Sträuchern, um meine dunkle Stube damit zu erhellen... Aber das ist lange, lange her, es war damals, als ich noch lebte... Es waren Blumen des Lebens — diese aber sind Blumen, die uns der Tod bringt.



Rasselnd und kreischend setzen die Trommeln und Pfeifen ein... die Glocke ertönt... und dann schmettern und brüllen die Blechinstrumente los! Muss ich denn, muss ich denn, zu um Städte hinaus... Städte hinaus... u-und du mein Schatz bleibst hier — — — wenn ich komm, wenn komm, wenn ich wieder komm, wenn wieder komm... kehr ich ein, mein Schatz bei dir...

Ei, das ist ja ein gar lustiges Lied. Kameraden, hört mal... 's scheint also gar nicht so schlimm zu sein mit dem Krieg... das ist doch ein Lied, wie wir es immer gerne gesungen haben... früher auf unseren Wanderungen... Ich lache bitter auf... ich presse die Zähne zusammen; aber vorne spielen sie lustig weiter... lustig, Brüder, lustig... ist doch eine fröhliche Angelegenheit, in den Krieg zu ziehen.

Unermüdet schmettern, klingen, dröhnen und pfeifen sie vorne... sie sehen uns ja nicht... Wenn sie uns sehen würden während des Spiels... wenn sie unsere alten und ernsten Gesichter erblickten würden: vielleicht würden sie dann ja plötzlich nicht mehr spielen können... aber sie denken kaum an uns... sie sind das so gewohnt, wenn die Soldaten... durch die Stadt marschieren... öffnen die Mädchen Fenster und die Türen... ei warum, ei warum... ei warum, ei warum... ja warum ziehen wir denn eigentlich in den Krieg? Ei darum... ei darum... Ja, nun weisst du also Bescheid, Rekrut... Ei, der muss marschieren — in den Krieg... ei, der muss marschieren — in den Krieg... wo die Kanonen stehen...

Die Menschen lassen uns nicht in Ruhe, sie lassen uns nicht in Ruhe... sie jagen die letzten Gedanken aus uns heraus... das ist ja schliesslich auch der Sinn der Sache... nur nicht denken... Lieb Vaterland, magst ruhig sein... Lieb Vaterland, magst ruhig sein... Pest steht und treu die Wacht, die Wacht am Rheinein... Ich fasse mich an den Kopf... verflucht — wollen die denn nicht endlich einmal aufhören?... Nehmt doch wenigstens die Blumen aus den Gewehren heraus... Blumen gehören doch nicht in einen Gewehrlauf...



Die Strasse nach dem Bahnhof ist lang. Fenster öffnen sich... ein Kontorhaus ist da, aus dem winkeln Mädchen mit weissen Armen... Ach, macht doch die Fenster zu, ihr Gänse!... Ihr lacht noch? Weil wir in den Tod marschieren?!... Unser Blut über euch, Mörderinnen!

Aus anderen Fenstern aber blicken ernste, traurige Gesichter. Ich sehe sie wie durch einen Nebel. Sie nicken und sind erstarrt im Ausdruck... Haben sie früher wohl auch ausziehenden Männern und Söhnen zugelacht? Und dann sind vielleicht Briefe zurückgekommen: „Gefallen bel...“ Ja, da kann man allerdings nicht mehr lachen. Und weiter marschieren wir: trumm trumm trumm trumm trumm trumm, an Läden vorbei... davor stehen lange Schlangen von Frauen, Kindern und Kriegskrüppeln. Niemand von ihnen lacht; sie werden wohl den Hauch des Todes, der von unseren neuen Uniformen ausgeht, spüren, von unseren neuen Uniformen und den Blumen am Gewehr...

Ganz dicht marschieren wir an solch einer Menschenschlange vorbei, da sehe ich, wie Taschentücher an die Augen gerührt werden... sie weinen... alte Frauen nicken mit den Köpfen an... sehen uns mit ihrer, wissenden Dreisengesichtern nach... Wo ist wir sind, Grossmutter?... Achtzehnjährig, Grossmutter! — „Ach, diese jungen, jungen Menschen, das sind ja alles noch die halben Kinder“, höre ich eine Stimme aus der Kette heraus, sie schneidet mitten durch mich hindurch...

Endlich sind wir am Bahnhof.

Eine lange, lange Reihe Viehwagen ist aufgeföhren. An einigen Wagen steht mit Kreide geschrieben: 6 Pferde oder 48 Mann. Und immer mehr Kompanien und Regimenter schickt der Kaiser in die Schlacht. Sie rücken heran mit klingendem Spiel, mit Parademarsch zum Schluss, und die Postenkette hat viel zu tun... Frauen und Kinder schreien draussen. Dann kommt der neue Transport in den Bahnhof und stellt sich hinter oder neben unsere Kompanie...

Einige Minuten vor der Abfahrt lässt man die Angehörigen auf den Bahnsteig: sie stürzen in wilder Aufregung fast unter den Zug. Sie rennen an den Wagen entlang, reucken sich die Häuse aus und schreien die Namen ihrer Liebsten. Die wenigsten aber haben Glück und finden ihre Angehörigen wieder...

Ein grässlicher Pfiff, in dem alle anderen Geräusche untergehen, kreischend, aufreissend, zeigt endlich die Abfahrt des langen Zuges, in den nun auch die anderen Kompanien und Regimenter gestopft sind, an. Langsam setzt er sich in Bewegung: Tsch tsch tsch tsch... tsch tsch tsch tsch... tsch tsch tsch tsch... tsch tsch tsch tsch...

Die letzten Reservisten rollen an die Front... grau... elend... verhungert... achtzehnjährige Kinder...

Aber draussen ertönt die Hymne: Deutschland, Deutschland, über alles. Schreiend, gestikulierend und weinend rennen die unglücklichen Angehörigen, die ihre Soldaten nicht mehr gefunden haben, am Zuge, an den rollenden Wagen entlang: Frauen, Kinder, einige ältere Männer... ein Kriegsbeschädigter darunter... hinkend auf einem Bein an zwei Krücken, blutleer das Gesicht, das eine Hosenbein ist umgelegt und mit einer Nadel oben festgesteckt, ein humpelndes Gespenst des Krieges... Einige hatten Glück: sie umschlingen mit beiden Händen die Hände der Gefundenen. Und eine Frau, eine junge Frau steht auf dem Trittbrett und fährt ein Stück mit, immer wieder mit der freien Hand den Kopf ihres Geliebten an ihr Gesicht drückend, ihn küssend und dabei aufschluchzend... Ein Bahnbeamter rennt atemlos hinterher, zieht sie herunter und fängt sie auf...

Die Suchenden aber schreien die Namen am Zug entlang: „Paul! Peter! Karl! Haans! Herrmann! Williiiiiiii!“... Immer noch einmal, langgezogen, heulend: „Williiiiiiii!“ — Oh, wie entsetzlich! Ich halte mir die Ohren zu, aber die Schreie dringen hindurch: „Artur! Eemiiiiiiii!“ Immer lauter werden die Schreie, immer schneller fährt der Zug, unheimlich, furchend, zischend... Dampf zieht rauschend unter den Wagen hindurch: zschiiiiii — zschiiiiii.

Oh! Wenn doch das furchtbare Schreien aufhören wollte! Das ist ja ein fürchterlicher Abschied! Aber die Rufe verstummen immer noch nicht: mit letzter Lungenkraft schreien sie gegen das Donnern und Brausen des Zuges an: „Heiiiiiiii! Christian! Williiiiiiii!“ Und aus dem Innern der Wagen brüllt es zurück: „Anaaaa! Hier! Hier! Fridaaaa! Hier! Emmiiiiiiii!“ und ein Name immer wieder; es ist der letzte, den ich höre: „Anneliiiiiiii! Anneliiiiiiii!“ Es ist wie das Schreien eines Wahnsinnigen...

Ich starre vor mich hin: Unter der Bank, dicht bei mir, liegt ein Strauss Blumen. Aber er ist zertreten... Ich kann keine Gedanken mehr fassen... ich starre nur immer auf den zertretenen Blumenstrauss... noch vor wenigen Minuten war er frisch und leuchtend...

O Deutschland hoch in Ehren! Wie diese Blumen zertreten sind, so wird unsere Jugend zertreten!

Ich frage dich, Menschheit: „Wer hat das Recht, unsere achtzehnjährige Jugend zu töten?“ (Fortsetzung folgt.)

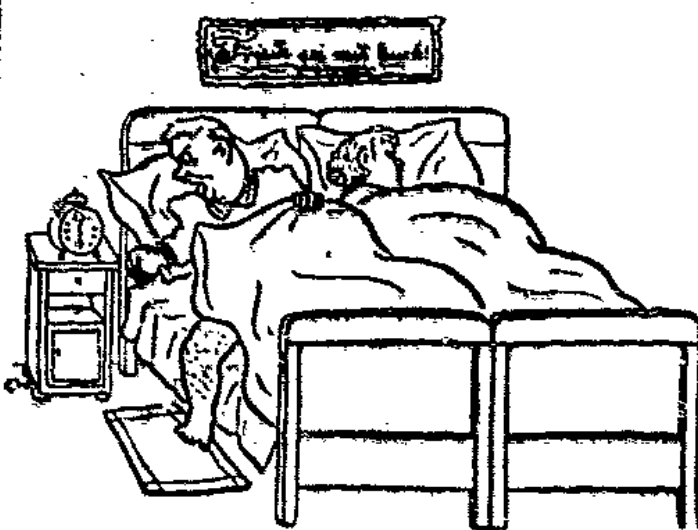
Schwarzes Elfenbein

Der Bericht über den Sklavenhandel, der jetzt dem Völkerverbund vorgelegt worden ist, prangert neben Abessinien besonders die Negerrepublik Liberia an der Westküste von Afrika an, denn hier entfaltet sich der Handel mit „schwarzem Elfenbein“, wie die Araber von alters her ihre lebendige Ware nannten, noch in seiner ganzen Scheusslichkeit. Der Bericht stellt fest, dass von der Gesamtbevölkerung Liberias, die 2 1/2 Millionen umfasst, ein Fünftel als rechtlose Sklaven leben, die jeder Willkür ausgesetzt sind. In diesem „Land der Freiheit“, das gerade von befreiten amerikanischen Sklaven der Südstaaten gegründet wurde, werden Eingeborene gehandelt wie das liebe Vieh. Kleine Kinder werden als Sicherheit für Darlehen verpfändet; Sklaven werden, in Ketten zusammengeschmiedet, über das Meer verschifft, und alle die furchtbaren Grausamkeiten der Sklaverei, von denen man glaubte, dass sie längst der Vergangenheit angehören, sind hier noch im Schwange.

Wie Haiti, so war auch Liberia als ein „Negerparadies“ gedacht. Die befreiten Negerklaven der amerikanischen Südstaaten wurden hierher gebracht, um sich eine freie Republik zu schaffen, aber diese Schwarzen, die unter der Herrschaft der Sklavhalter gelebt und gesuht hatten, konnten sich kein anderes Geschäft denken als das ihnen gewohnte, das sie am eigenen Leibe kennengelernt: die Sklaverei. So begannen sie also einen schunghaften Handel mit „schwarzem Elfenbein“ unter den Eingeborenen der Nachbargebiete. In den hitzgeschwängerten Strassen von Monrovia, schreibt darüber ein Kenner des Landes, der Engländer W. J. Makin, „kann man so manchen Typ beobachten, der dem Kaiser Jones' in O'Neills bekanntem Drama gleicht. Diese Negermillionäre verdanken ihren Reichtum dem „schwarzen Elfenbein“. Auf ihren riesigen Gummipflanzungen arbeiten Neger, die regelmässig ausgepeitscht werden, wenn der Ertrag nicht den Wünschen des Herrn entspricht. Und nicht einmal der grausamste und entmenschesteste Weise vermag einen Neger so zu schlagen wie ein Neger.

Diese Sklaven, meist aus dem Kru-Stamme, sind keine Felglinge, sondern gehören zu den besten Stämmen Afrikas. Aber der amerikanische Neger hat den Kru-Neger so erniedrigt, wie es nur ein Neger kann. Als ich vor einem Jahre etwa diese Sklavensklave der schwarzen Tyrannen von Liberia besuchte, wurden die Preise für Sklaven so öffentlich genannt wie die Kurse der Aktien auf der Börse in London oder in Newyork. Die Frauen, die grösser, kräftiger und schöner sind als die Männer, werden meist höher bewertet. Man zahlte für eine Kru-Frau, je nach ihrem Alter und ihrer Schönheit, zwischen 60 und 800 Mk., während für einen gewöhnlichen Mann 100 Mk. angelegt wurden. Kleine Mädchen waren billiger als Salz. „Schwarzes Elfenbein“ ist stets ein gesuchter Artikel, und heutzutage sind die Preise beträchtlich höher als jemals vorher. Dieser Sklavenhandel ist ein Schandfleck.

Meisters Klage



„Wenn meine Gesellen jeder bloss 'ne Viertelstunde am Tag länger arbeiten täten, könnt' ich zwei Stunden länger schlafen — aber die Bande ist zu faul dazu!“

Bücher und Zeitschriften

Unsere Volkswirtschaft heute und morgen. Von Dr. Robert Wilbrandt, ordentlicher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Heyde.

Monaten). Die Auslieferung erfolgt durch die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14, Inselstr. 6a.

Bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter. Von Ing. Dr. Jul. West. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. Preis 2 Mk.

Neue Holzgrabmale der Holzschnitzschule in Bad Warmbrunn, 80 Abbildungen auf 30 Tafeln.

wärmer und angenehmer als der weisse Marmor oder der schwarze Granit.

Flick, Flock, Flaum, die Zwerg. Unter diesem Titel gibt der Verlag W. Pfankuch u. Co., Magdeburg, ein prächtiges Kinderbuch heraus.

Handbüchlein über die Krankenversicherung. Von Stadtmann C. Galm. Selbstverlag des Verfassers: Aschaffenburg, Eisenstrasse 3.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des ADGB mbH., Berlin S 14.

Sozialistische Bildung. Monatsschrift mit den Beilagen „Bücherwoche“ und „Sozialistische Erziehung“.

schaft und die Arbeiter — Kapitalistische Tatsachen und nationalsozialistische Phrasen — Programme für Gedenktage.

Wohnungswirtschaft. Zentralorgan für die Wohnungswirtschaft aller Städte, Gemeinden, Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Mietervereine.

Sozialistische Erziehung als gesellschaftliche Forderung. Von Stadtrat Dr. Kurt Löwenstern, M. d. R.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin erscheinen folgende Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann:

Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hillerding.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Verwaltungsstelle Cottbus! Die Adresse des Kassierers der Verwaltungsstelle Cottbus ist jetzt: Otto Reschofsky, Cottbus, Forster Strasse 5.

Tischler-Fachschule Köthen Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. — Prospekt gegen Rückporto

Innungs-Tischler-Fachschule in Beckum, Westf. Prospekt frei durch die Leitung Höhner & Kraft.

Original-süddeutsche Hobelbänke 78 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. Werkzeug-Neuheiten.

Echt ULMIA Putz- und Doppelhobel, 3.-Mk. Andere Werkzeuge auf Anfrage.

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pf. in Briefmarken. E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Leim- und Furnieröfen fertigen als Spezialität v. 44.-Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko.

Qualitäts-Hobelbänke und Werkzeuge. Heiner Vetter, Niederhahle (Württg.)

Sprechmaschinen-Laufwerke. C. M. LOSKE, HAMBURG 13.

Gummiwaren. Sigm. Schödel, Preisliste 0 gratis. Berlin SW 68, Alte Potsdamerstr. 8.

Preisabbau! Radio-Audion, fabrikmäßig, mit Gitter und langer Lebensdauer.

WIR EMPFEHLEN: Die arbeitsparende Wohnung. Preis für das mit vielen Abbild. ausgestattete Werk 4 RM.

Die arbeitsparende Wohnung. Preis für das mit vielen Abbild. ausgestattete Werk 4 RM.

Zur Beachtung! Alle Verwaltungsstellen nehmen Bestellungen entgegen auf den „Almanach 1931“ und das „Fachblatt für Holzarbeiter“

Einfache Möbel. Küchen-, Schlafzimmer- und Vorplatzmöbel. 20 Tafeln, davon 18 Tafeln Vierfarbendruck in perspektiv. Darstellung.

Sigurd-Webwaren! Hemdentuche, Nessel, Damaste, Handtücher, Tisch-, Bett- u. Frotteerwäsche.

Hobelbänke 70RM. 2 m lg., kompl. Stahlsp., la Qualität. Blatt beste ged. Robt. Preis, gratis.

Hobelbänke. la Qualität, süddeutsche Ausführung. Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz.

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klöse. Armbanduhr echt Gold.

Billigeböhm Bettfedern. nur reine, gutfüllend. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk.

Kollegen! Werbt für politische Vernunft! Nazi - Sozi - Kozi Wer hat recht? Seid ihr im Bilde, was die - Sozi - sind und wollen?

220 verschiedene proletarische Platten! einzig in der Art. Elektromotorwerk 72 Mark.

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf.

Preisabbau! Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbsteinbau, la Doppelschneckenfederwerk 11,50 Mark.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz. Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.